:antifaschistische nachrichten Nr. 23

g 3336 20.11.2008 24. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

## Bewährte Kandidaten

Wuppertal. Unter den Ende Oktober vom NPD-Kreisverband Ennepe-Ruhr/Wuppertal aufgestellten Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahl in Wuppertal im kommenden Jahr befinden sich verurteilte Gewalttäter. So soll auf dem dritten Platz der 20-köpfigen Reserveliste der 34-jährige Thomas Haarhaus für die NPD kandidieren. Der Einzelhandelskaufmann war im sogenannten Kemna-Prozess im Januar 2001 zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt worden. Im Sommer 2000 hatten die Neonazis eine Gedenkveranstaltung der VVN-BdA in der KZ-Gedenkstätte Kemna überfallen. Zu den im Januar 2001 Verurteilten gehörte auch Maik Hilgert (33). Der damalige NPD-Aktivist wurde zu einem Jahr Gefängnis auf vier Jahre Bewährung verurteilt. 2009 soll Hilgert als „parteiunabhängiger Nationalist“ auf der Liste der NPD in Wuppertal kandidieren, die eine angeblich „zunehmende Überfremdung und Islamisierung“ zum Schwerpunkt ihres Wahlkampfes machen will. *hma* ■

## Biedenkopf zieht Unterstützung zurück

Dresden. Der Ministerpräsident a.D. des Freistaats Sachsen, Kurt Biedenkopf, hat seine Unterstützung unter den Aufruf „‚GehDenken‘ – ein klares ‚STOPP‘ zum Rechtsextremismus“, gegen den geplanten Neonaziaufmarsch am 13./14. Februar in Dresden, zurückgezogen. Die Amadeu Antonio Stiftung und alle beteiligten Organisationen und Parteien, die sich dem Vorbereitungskreis von „Geh-Denken“ angeschlossen haben, bedauern diesen Entschluss. Mit dem Aufruf ‚Geh-Denken‘ soll dem jährlichen Neonaziaufmarsch in Dresden begegnet werden. Er wurde bereits von mehr als 200 prominenten Unterstützern unterzeichnet.

*Infos: http://www.geh-denken.de* ■

**Aus dem Inhalt:**

**Turbulenzen um „Gedächtnisstätte“ in Borna . . . . . 6**
**Gedenken an Pogromnacht . . . . 7**
**Frankreich: Umgruppierung auf der extremen Rechten . . . . . 9**

Aachen/Düren. Nur rund 100 Neonazis fanden sich zu einer Demonstration in Aachen am 8. November ein, die trotz Verbot durch die Polizei nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts unter Auflagen dann doch stattfinden konnte. Als Redner fungierten neben Worch (Hamburg), Ingo Haller, NPD-Chef in Düren, Claus Cremer, NPD-Landesführer NRW, Sven Skoda aus Düsseldorf und Paul Breuer. Der Anmelder und einschlägig vorbestrafte Axel Reitz durfte weder als Redner noch als Versammlungsleiter fungieren. Rund 400 Gegendemonstranten hielten mit lauter Musik und antifaschistischen Parolen dagegen. Die Neonazidemo konnte letztlich nur als Standkundgebung stattfinden. In der Aachener Innenstadt demonstrierten zeitgleich rund 2.500 Menschen gegen den braunen Spuk.
Quelle: http://klarmann.blogsport.de ■

# NPD-Stützpunkt in Leipzig unter Protesten eröffnet

Leipzig. In der Odermannstraße in Leipzig-Lindenau hat am Samstag, 15.11.2008 ein Stützpunkt der NPD eröffnet. „Hinter einem großen Eisenzaun verschanzt sich mutmaßlich das Abgeordnetenbüro des Landtagsabgeordneten und gleichsam NPD Sachsen-Vorsitzenden Winfried Petzold,“ so Juliane Nagel, Mitglied des Landesvorstandes DIE LINKE. Sachsen. „Dieser sitzt seit 2004 im Sächsischen Landtag, seit 1998 ist er Landesvorsitzender der Partei. Die Verlagerung seines Domizils von Mutzschen bei Grimma nach Leipzig muss als weiterer Schritt gewertet werden, in Leipzig Fuß zu fassen.

Bisher war die Stadt Leipzig, vor allem auch wegen ihrer zivilgesellschaftlichen und antifaschistischen (Protest-)Kultur, für die rechte Partei ein schwieriges Terrain. Bis auf die Oberbürgermeisterwahlen im Jahr 2005, als die NPD mit Peter Marx aufwartete, hatte die Partei in der Stadt kein Profil und zeigte wenig Präsenz. Die Parteimitgliedschaft in Leipzig gilt als überaltert.

Mit der Gründung eines Leipziger „Stützpunktes“ der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) im April 2008 wurde deutlicher, dass die Stadt Leipzig näher ins Visier der Nazis gerückt ist. Das Bündnis mit den sich seit 2007 aktivierenden so genannten „Freien Kräften“ wird unter anderem durch personelle Schnittmengen zwischen ihnen und der JN deutlich. Verschiedene Demonstrationen, so am 1.9. in Reudnitz und am 25.10. in Schönefeld firmierten offiziell unter dem JN-Label und wurden durch Pressemitteilungen der NPD flankiert, auf der Kundgebung in Reudnitz am 1.9. sprach der Fraktionsvorsitzende der NPD in Sächsischen Landtag, Holger Apfel. Im laufenden Monat war die NPD zudem mit tatkräftiger Unterstützung der JN/Freie Kräfte mit einem Info-Mobil vor dem Arbeitsamt, in Schönefeld und Grünau präsent.

Nachdem ca. 200 Menschen spontan gegen die Eröffnungsveranstaltung des NPD-Büros auf die Straße gingen, muss nun auf zivilgesellschaftlicher, politischer und Verwaltungsebene ernsthaft nachgedacht und diskutiert werden:

Wie ist die Schließung des Nazizentrums zu befördern? Fließen staatliche Mittel, die den Abgeordneten des Sächsischen Landtags zustehen, direkt in den Aufbau von Nazistrukturen? Welche Initiativen müssen im Hinblick auf einen Wahlantritt der NPD auf kommunaler Ebene ergriffen werden?

Menschenverachtender Rassismus, Antisemitismus, Geschichtsrevisionismus und autoritäre Orientierung bilden die gemeinsame Klammer, unter denen sich die Nazis in Leipzig wie überall zusammentun. Dies darf nicht geduldet werden!“

*Juliane Nagel, DIE LINKE. Sachsen*
*Juliane.Nagel@linxxnet.de* ■

## CDU-Mann bei „Pro Köln"

HÖVELHOF. Unter der Überschrift „Die Kapitulation des Rechtsstaates" ist ein „Erlebnisbericht" von Dr. Hartmut Kluge in der Oktober-Ausgabe der neofaschistischen „Unabhängigen Nachrichten" abgedruckt worden. Der Tierarzt aus Hövelhof hatte sich am 20. September aufgemacht, um am sog. „Anti-Islamisierungskongreß" von „Pro Köln" bzw. „Pro NRW" teilzunehmen. Statt dessen wurde er Augenzeuge einer gescheiterten Veranstaltung. In seinem Bericht bezeichnet sich Kluge als „konservativer Christ und Patriot", der zudem „auch noch CDU-Mitglied" sei. 2005 war Kluge als Beisitzer in den Kreisvorstand des „Evangelischen Arbeitskreises" (EAK) der CDU im Kreis Paderborn gewählt worden. 2004 bot der CDU-Mann in der Zeitschrift der „Die Deutschen Konservativen" eine „Solidaritäts-Postkarte" für den im Zuge der Auseinandersetzung um die Äußerungen des damaligen CDU-MdB Martin Hohmann entlassenen Brigadegeneral Reinhard Günzel an. Gemeinsam mit Hohmann gehörte Kluge unlängst zu den Unterzeichnern des „Manifest der Deutschen 2008", in dem u.a. eine „Rückkehr zum Staatsbürgerschaftsrecht" gefordert wird, „dem die Abstammung des einzelnen (ius sanguinis) – und nicht der Ort seiner Geburt (ius soli) – zugrunde" liegen soll. *hma* ■

## „Lebensschützer"-Märsche 2009

BERLIN/MÜNCHEN. Nach den Protestaktionen gegen die von sog. „Lebensschützern" organisierten „1000-Kreuze"-Märsche im September und Oktober in Berlin und München haben die Abtreibungsgegner eine Ausweitung ihrer Aktivitäten angekündigt. „Wir werden uns nicht einschüchtern lassen", äußerte der Präsident der Vereinigung „EuroProLife", Wolfgang Hering (München), in einem Interview mit der Zeitschrift „Der Fels". „Voraussichtlich" am 10.10.2009 werde der nächste „Gebetszug für das Leben" in München stattfinden. Allerdings wolle man diesen „nicht mehr auf einem öffentlichen Platz beginnen, weil dort die Lage zu unübersichtlich" sei. Weitere Aktionen seien in Münster (14.3.2009) und Fulda (6.6.2009) geplant. In Berlin wollen BVL und KALEB e.V. am 20. September 2009 einen Gebetszug durchführen. „EuroProLife" wurde 2007 mit dem Segen des Generalsekretärs des „Päpstlichen Rates für die Familie" gegründet und versteht sich als „europäische, überkonfessionelle Vereinigung" von „Lebensschutzorganisationen" aus 15 Ländern.

Ohne Störungen verlief am 3. Oktober ein „Sühne- und Gebetszug" von Abtreibungsgegnern in der Saarbrücker Innenstadt. An der vom örtlichen Prior der am rechten Rand des Katholizismus beheimateten „Priesterbruderschaft St. Pius X." unterstützten Veranstaltung nahmen – nach Eigenangaben – etwa 200 Menschen teil. Als Redner trat der ehemalige Militärpfarrer Winfried Pietrek aus Lippstadt auf, der sich für die islamophobe Kleinpartei „Christliche Mitte" engagiert. *hma* ■

## Rassisten hetzen weiter!

KÖLN. Samstag, 8. November. Einige Scheiben des Ditib-Gebäudes sind schon zerdeppert. Als wenn jemand ans „Reichskristall" vor 70 Jahren erinnern wollte. Um 11.00 Uhr nimmt eine Gruppe von „pro Köln"-Anhängern an der Venloer Straße Aufstellung.

Auf verschlungenen Wegen hat die Polizei die 26 Figuren dorthin geleitet. „pro Köln" steht in einem Käfig, umgeben von Gittern, und reckt über die Polizeireihen hinweg Schilder und Transparente. Zwei Männer halten Tafeln in die Luft, auf denen das Moscheeverbot gefordert wird. Ein Transparent gibt die verlogene Tageslosung zum Besten: „Aktiv pro Menschenrechte – gegen die Unterdrückung der Frau im Islam". Die Funktionäre Beisicht und Rouhs benutzen ein Megaphon. Die Texte indes gehen im Getöse von Pfiffen und lauten Stimmen unter.

Gegenüber rufen 150 Demonstranten „Nazis!"– „Haut ab, haut ab!"

Etwas abseits verharren türkische Familien. Zögernd nähern sie sich.

Schließlich stehen einige Frauen neben den linken Demonstranten und verstärken die akustische Kanonade. Gitter und Polizei halten die Gegner getrennt.

Das wars.

Kurz nach 12.00 Uhr, nach gerade mal einer Stunde, gibt „pro Köln" auf und verschwindet unter Polizeischutz.

So sah ihre Mahnwache gegen die Moschee aus. Sie wird von pro Köln als Erfolg gefeiert und soll monatlich wiederholt werden. Pro Köln ist bescheiden geworden.

Für den 13. Dezember ist zu vermuten, dass sich in Ehrenfeld für diese Rassisten kein Platz findet. *kls* ■

## Antifa-Demo in Hamburg-Langenhorn

**Wegen Nazi-Übergriffen im Hamburger Stadtteil Langenhorn findet am Sa., 29.11., eine Antifa-Demo statt. Sie hat den Zweck, die Angriffe und die örtlichen Nazi-Strukturen öffentlich zu machen, AntifaschistInnen zu unterstützen, und sie soll Mut machen, sich antifaschistisch zu engagieren. Los geht's ab 13 Uhr Langenhorn Markt, Schluss ist am Bahnhof Ohlsdorf.** *F* ■

## Gericht weist „pro Köln" ab

KÖLN. Das Bonner Landgericht hat einen Antrag der sog. Bürgerbewegung pro Köln auf Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen die Deutsche Post abgelehnt. Die Post hatte sich geweigert, eine von „pro Köln" erstellte Broschüre mit einer Auflage von 300.000 Stück, in der über den Verlauf des „Anti-Islamisierungskongresses" berichtet wird, an die Kölner Haushalte zu verteilen. Nach Meinung der Post waren die Aussagen in der Broschüre geeignet, den Kölner Oberbürgermeister Schramma öffentlich herabzuwürdigen und zu diffamieren. Vom Landgericht wurde festgehalten, dass die getätigten Äußerungen zum Teil den Tatbestand der üblen Nachrede erfüllen und teilweise erweislich nicht wahr seien. Pro Köln hat nach eigenen Angaben bereits Beschwerde gegen diese Entscheidung eingelegt und kündigte an, notfalls bis zum Bundesverfassungsgericht zu gehen.

*Quelle: Kölner Stadt-Anzeiger, 14.11.08* ■

## Aktiv gegen Rechts: Christlich orientierte MetallerInnen machen Sozialdemagogie von Rechts zum Thema

40 Betriebsräte und gewerkschaftliche Vertrauensleute aus dem gesamten Bundesgebiet, die den Koordinierungsausschuss der „AG christlich-demokratischer Kolleginnen und Kollegen der IG Metall" bilden, setzten sich in ihrer September-Sitzung mit Rechtsextremismus

auseinander. Insbesondere wurde die soziale Demagogie von NPD und Neonazis thematisiert. Die Rechtsextremen verfolgen eine Strategie, die auf alle gesellschaftlichen Fragen eine „nationale“ Lösung präsentiert und die mit dem Konzept der „Volksgemeinschaft“ direkt an den Nationalsozialismus anknüpft. MigrantInnen, Minderheiten und politische Gegner werden aus dieser Gemeinschaft ausgegrenzt und als Feinde bekämpft. Das Prinzip der Volksgemeinschaft durchzieht alle Positionen der NPD – egal ob es um soziale Gerechtigkeit, Globalisierung, Mittelstandsförderung, Umweltschutz, Jugend-, Frauen- oder Rentenpolitik geht. Um in der Mitte der Gesellschaft andocken zu können, versucht die extreme Rechte immer wieder, an gewerkschaftliche Themen anzuknüpfen – etwa durch eigene Demonstrationen zum 1. Mai, durch Flugblätter zu Standortkämpfen und durch Präsenz bei politischen Veranstaltungen des Gegners.

Auf der Veranstaltung wurde deutlich, dass rechtsextremen Tendenzen auch durch gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb begegnet werden kann: beispielsweise durch eine aktive Gleichstellungspolitik, durch die Auseinandersetzung mit Gleichstellung von MigrantInnen, aber auch der NS-Vergangenheit in der Berufsausbildung, mit Betriebsvereinbarungen, Veranstaltungen zum internationalen Tag gegen Rassismus, oder durch antirassistische Bildungsarbeit und vielem mehr. Denn Gewerkschaften haben eine solidarische Antwort auf die soziale Frage.

*Kontakt: regina.görner@igmetall.de*
*gregor.callegari@igmetall.de* ■

## Behörden ermitteln gegen Bamberger DGB-Chef

BAMBERG. Eigentlich sollte am 25. Juli 2008 in Gräfenberg gefeiert werden. Das Bürgerforum „Gräfenberg ist bunt“, das sich seit zwei Jahren gegen die fast monatlich stattfindenden NPD Aufmärsche wehrt, war für seinen kreativen Widerstand mit dem Bundespreis „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ und mit dem Würzburger Friedenspreis ausgezeichnet worden. Doch es kam alles ganz anders. Das Landratsamt Forchheim genehmigte parallel zum Fest des Bürgerforums einen NPD Aufmarsch über den Gräfenberger Marktplatz, wo das Fest stattfand. Spontan behinderten rund 100 Menschen den Durchmarsch der NPD auf den Marktplatz.

Da die NPD ihre genehmigte Strecke nicht laufen konnte, wird von Seiten der zuständigen Bamberger Staatsanwaltschaft und Polizei jetzt gegen die Teilnehmer der Sitzblockade wegen Nötigung ermittelt. Davon betroffen sind auch Mitglieder des „Bamberger Bündnisses gegen Rechtsextremismus“. Werner Schnabel, DGB-Vorsitzender und Sprecher des Bamberger Bündnisses, findet die Ermittlungen gegen ihn und andere einen Skandal. „Hier werden couragierte Bürgerinnen und Bürger kriminalisiert“, so Werner Schnabel. „Es wird aber nicht nur ermittelt“, kritisiert Schnabel weiter, „sondern einige Teilnehmer werden sogar zur erkennungsdienstlichen Behandlung, sprich Fotos, Fingerabdrücke, etc., vorgeladen.“ Als Begründung nennt die Polizei, dass er „mit guten Gründen als Verdächtiger in den Kreis potenzieller Beteiligter an einer

Demonstration in Gräfenberg am 15.11.2008 gegen ein von Neonazis geplantes „Heldengedenken“

strafbaren Handlung einbezogen werden könnte“ und dies der Prävention diene.

Das Bamberger Bündnis gegen Rechtsextremismus lehnt das Verhalten von Polizei und Staatsanwalt auf das Schärfste ab. „Wie wirkt es denn bei 17-jährigen Schülern, wenn sie einerseits von der Politik immer wieder zu engagiertem Verhalten aufgefordert werden und dann gegen sie polizeilich ermittelt wird – so schafft man kein Vertrauen in den Staat“, ist die einhellige Meinung im Bündnis. Genau hier sieht das Bündnis den entscheidenden Fehler beim Landratsamt Forchheim, das die Genehmigung für den NPD Aufmarsch erteilte und es so erst überhaupt zu dieser Situation kommen konnte. *nah* ■

## Freispruch im Welser Neonaziprozess

ÖSTERREICH. Am 5. November wurden fünf Aktivisten des neonazistischen Bundes freier Jugend (BfJ) und dessen Mutterorganisation Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AFP) von einem Welser Geschworenengericht freigesprochen. Angeklagt waren sie nach § 3a Verbotsgesetz, der den auch nur versuchten Aufbau einer nationalsozialistischen Organisation zum Zwecke der Überwindung der demokratischen Republik mit einer Mindeststrafe von zehn Jahren bedroht. Die Staatsanwaltschaft hat umgehend Nichtigkeitsbeschwerde eingebracht, dennoch wird in der Neonazi-Szene schon gefeiert.

Im Thiazi-Forum ist die Rede von einem „großen Tag“, den man vor allem dem „verdienten Verteidiger Dr. Schaller“ verdanke. Zur Freude gesellt sich im Thiazi-Forum der Hass, welcher sich vor allem gegen den in dieser Sache sehr engagierten Landespolitiker der Grünen, Gunther Trübswasser, richtet. Ihm wird seitens der Neonazis offen mit der Ermordung gedroht, bei den restlichen Feinden begnügt man sich damit, ihnen KZ-Haft zu prophezeien. Am Weg dorthin sieht man sich nach dem Freispruch schon einen großen Schritt weiter.

Die Angeklagten selbst wandten sich kurz nach ihrem Sieg an die Öffentlichkeit. An ihrer Erklärung, die auf zahlreichen Neonazi-Sites in Deutschland und Österreich veröffentlicht wurde, zeigt sich bereits, in welchem Ausmaß der Freispruch als Freibrief verstanden werden wird. So wird etwa einem namentlich genannten Verfassungsschützer offen „Verfolgungswahn“ attestiert. Das Fehlurteil wird als „Etappensieg auf dem Weg zur Erringung der Meinungsfreiheit“ bezeichnet, und es ist tatsächlich nicht nur in Oberösterreich nun von einer massiven Zunahme neonazistischer Aktivitäten auszugehen.

*Neues von ganz rechts - November 2008, www.doew.at* ■

## Isoliertes Verwenden eines stilisierten Keltenkreuzes grundsätzlich strafbar

KARLSRUHE. Der für Staatsschutzstrafsachen zuständige 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs hatte im Rahmen eines Vorlageverfahrens über die Frage zu entscheiden, ob das öffentliche Verwenden eines stilisierten Keltenkreuzes – die Darstellung eines gleichschenkligen Balkenkreuzes, um dessen Schnittpunkt ein Ring gelegt ist –, das von der verbotenen verfassungsfeindlichen „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit“ (VSBD/PdA) als Emblem benutzt wurde, auch dann den Straftatbestand des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§ 86 a StGB) erfüllt, wenn das Symbol isoliert, d. h. ohne konkreten Hinweis auf die verbotene Organisation öffentlich verwendet wird. Der Senat hat die Frage im Grundsatz bejaht.

Der Mehrdeutigkeit des Keltenkreuzes, das nicht nur in stilisierter Ausgestaltung Emblem der verbotenen VSBD/PdA war, sondern auch als unverfängliches Symbol in kulturhistorischen

oder religiösen Zusammenhängen verwendet wird, kann nach Auffassung des Senats nicht dadurch Rechnung getragen werden, dass die Anwendbarkeit des § 86 a StGB auf Fälle beschränkt wird, in denen das stilisierte Keltenkreuz einen konkreten Bezug zur verbotenen Organisation aufweist. Eine solchermaßen vorgenommene Einengung des Straftatbestands liefe dem weit gespannten Schutzzweck der Norm zuwider und böte insbesondere Anhängern der VSBD/PdA vielfältige Möglichkeiten, das stilisierte Keltenkreuz straflos wieder als Symbol der verbotenen Vereinigung im öffentlichen Leben zu etablieren. Dieser Gefahr kann wirksam nur durch ein generelles Verbot der Verwendung des stilisierten Keltenkreuzes in der Öffentlichkeit begegnet werden. Ausnahmen von diesem Grundsatz gelten allerdings in Fortführung der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zur verfassungskonformen Auslegung des § 86 a StGB dann, wenn die äußeren Umstände der Verwendung des Symbols eindeutig ergeben, dass der Schutzzweck des § 86 a StGB nicht tangiert, also das Symbol offenkundig in einem unverfänglichen Zusammenhang gebraucht wird.

*http://juris.bundesgerichtshof.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bgh&Art=en&Datum=Aktuell&Sort=12288&nr=45888&linked=pm&Blank=1, Karlsruhe, den 14. November 2008, PM des Bundesgerichtshofs* ■

## In der Tradition des Nationalsozialismus: Verbot der HDJ gefordert

BERLIN. Zur polizeilichen Durchsuchung mehrerer Objekte der rechtsextremen Kinder- und Jugendorganisation „Heimattreue Deutsche Jugend“ (HDJ) sagte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach am 9. Oktober 2008 in Berlin: „Wir begrüßen, dass das Innenministerium jetzt endlich Durchsuchungen im Zusammenhang mit der HDJ durchgeführt hat und erwarten, dass umgehend auch praktische Konsequenzen aus den vorliegenden Erkenntnissen gezogen werden.

Die HDJ steht ganz in der Tradition des Nationalsozialismus. Sie ist Teil des rechtsextremen Netzwerks. Ihr Ziel ist, insbesondere Kindern und Jugendlichen ein völkisches und rassistisches Weltbild zu verpassen. Schon seit Längerem liegen fundierte Recherchen über die untragbaren Aktivitäten des Vereins vor. Das Innenministerium reagiert jetzt auf die öffentliche Diskussion, das Engagement vor Ort und die bevorstehende Diskussion im Innenausschuss. Dann muss das Innenministerium aber auch den nächsten Schritt tun, nämlich diesem Verein das Handwerk legen.“

*Annelie Buntenbach in: Aktiv + Gleichberechtigt November 2008* ■

# „Wenn Rechtsextreme Rechtsextreme Rechtsextreme nennen“

### Turbulenzen um die NPD in der „Gedächtnisstätte“ in Borna

Offenbar hat es hinter den Kulissen bereits seit einiger Zeit heftige Auseinandersetzungen beim in Borna ansässigen „Verein Gedächtnisstätte“ gegeben. Und wenn es Streit gibt, dann wird oft auch in aller Öffentlichkeit die schmutzige Wäsche gewaschen, die man ansonsten lieber verborgen hält. Wenn es dann, wie im vorliegenden Fall, dazu kommt, dass Rechtsextreme Rechtsextreme Rechtsextreme nennen und diese mit dem gleichen Vorwurf kontern, kann man wohl davon ausgehen, dass es sich auf beiden Seiten um Rechtsextreme handelt.

Im Mittelpunkt des Streits steht der bisherige „wissenschaftliche Leiter“ des Vereinsanwesens Peter Hild. Hild war es auch, der vor Ort für die Außendarstellung des Vereins sorgte, sei es mit einem provokanten Auftritt beim Wahlkampfbesuch von Gregor Gysi in Borna, sei es mit Fragen bei Podiumsdiskussionen. Die „Blaue Narzisse“ aus Chemnitz, ein dem neurechten „Institut für Staatspolitik“ und der rechtsaußen angesiedelten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ nahe stehendes Internetportal, das in der Vergangenheit stets positiv über Veranstaltungen des Vereins Gedächtnisstätte berichtet hatte und auch Peter Hild bereits per Video zu Wort kommen ließ, meldete: „NPD-Funktionäre wollen anscheinend Bornaer Gedächtnisstätte übernehmen“. Nach dieser Darstellung sei die Kassenlage des Vereins zu knapp gewesen um Hild über das Jahresende hinaus als Festangestellten zu beschäftigen. Er selbst sei bereit gewesen, auch ehrenamtlich weiterhin tätig zu sein. Daran hatte der Verein offenbar keinerlei Interesse. Stattdessen soll Hild mit einem Hausverbot belegt und mit sofortiger Wirkung von seinen Aufgaben entbunden worden sein. In einer „Erklärung in eigener Sache“ vom 5. November bestreitet der Geschasste diese Version der Ereignisse. Ein Hausverbot sei nicht ausgesprochen worden. Er sei ein Opfer von Intrigen geworden. „Die Rufmörder werden sich vor der Justiz zu verantworten haben“, tönt er vollmundig.

Peter Hild, der beklagt, dass bei der Räumung seines Büros auch Privatsachen entwendet worden seien, veranlasste die „Blaue Narzisse“ nunmehr zur Bestäti-

# 1000 Menschen bei Antifademo in Berlin-Pankow

Über 1000 AntifaschistInnen sind am Samstag nachmittag (15.11.) unter dem Motto „Kein Kiez für Nazis. Wer wegschaut stimmt zu“ durch Berlin-Pankow gezogen. Aufgerufen hatte ein breites antifaschistisches Bündnis. Die kraftvolle Manifestation, die mit umfangreicher internationaler Beteiligung stattfand, war Bestandteil des „siempre antifascista“–Wochenende, in dessen Rahmen an die von Neonazis ermordeten Menschen in Europa erinnert wurde. Zum Aktionswochenende gehörte auch ein zweitägiges Festival und eine Konferenz am Freitag im Haus der Demokratie und Menschenrechte, bei der VertreterInnen antifaschistischer Gruppen vorwiegend aus Osteuropa den rund 300 KonferenzteilnehmerInnen über die Situation in ihren Ländern berichteten.

Die Demonstration zog am Nachmittag vom Garbátyplatz im Pankower Zen-

→

gung dessen, was er selbst und der Verein Gedächtnisstätte in der Vergangenheit stets vehement bestritten hatten, nämlich eine deutliche NPD-Nähe dieser Gruppierung. Ins Visier gerät dabei auch die Eigentümerin des Anwesens, Gisela Limmer, von der behauptet wird, „diese zeige derweil wenig Berührungsängste zu den tatsächlichen Rechtsextremisten“. Inzwischen rudert Hild mit seiner per Internet verbreiteten „Erklärung“ ein wenig zurück. Aber eben nur ein wenig. Er vermute nicht, dass die NPD eine Übernahme der „Gedächtnisstätte“ betreibe. Auch der Verein habe nicht immer wieder NPD-Politiker und –Funktionäre zu Veranstaltungen eingeladen, sondern die Neonazi-Partei sei von der Eigentümerin des Anwesens, Gisela Limmer, „in die Verantwortung gerufen und um Unterstützung gebeten“ worden. Wie dem auch sei: fest steht, dass die Distanz zwischen NPD und dem „Verein Gedächtnisstätte“ bestenfalls eine geringe ist.

In der Tat verstärken sich vor allem die Beweise dafür, dass das bisherige Deckmäntelchen der Reputierlichkeit endgültig abgestreift worden ist. So hat der im niedersächsischen Seevetal wohnhafte Vereinsvorsitzende Wolfram Schiedewitz unlängst der Theoriezeitschrift „hier & jetzt“ (Eigenwerbung: „radikal rechte Zeitung“) der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ ein Interview gegeben. Darin wiederholt er nicht nur fast wortgleich die Angriffe auf Volkmar Wölk, die ehemalige Landrätin Petra Köpping, die LVZ und den Landespolizeipräsidenten Bernd Merbitz, die Peter Hild seit über einem Jahr verbreitet und wegen denen gegen ihn ermittelt wird, sondern er betont auch ausdrücklich: „Wir ‚distanzieren‘ uns von niemandem! Die gegenwärtige Pogromstimmung gegen alle, die sich zu diesem Land bekennen, machen wir nicht mit.“ Und er ergänzte: „Wir sind keine NPD-Vorfeldorganisation, aber wir grenzen nicht aus, niemanden!“ Den durch den Bundesinnenminister im Mai 2008 verbotenen Holocaustleugner-Verein, der durch Ursula Haverbeck-Wetzel, Gründerin und langjährige Vorsitzende auch des „Vereins Gedächtnisstätte“, ins Leben gerufen worden war, bezeichnet Schiedewitz als Verein, „der den Verfolgten der Meinungsdiktatur zu helfen bestrebt war“. Die Bundesrepublik wird hier unverhohlen als „Meinungsdiktatur“ diffamiert. Dieses Interview kann nur als deutliches Signal an die extreme Rechte verstanden werden, dass es Gleichgesinnte sind, die in Borna ein merkwürdiges Gedenken pflegen wollen.

(...)

Sollte sich die bisherige NPD-Nähe des Vereins Gedächtnisstätte tatsächlich in eine Dominanz der NPD wandeln, dann wird Borna wahrscheinlich noch stärker als in der Vergangenheit Anlaufpunkt für die gesamte Neonazi-Szene und Geschichtsfälscher werden. Für eine solche Radikalisierung spricht auch die Recherche der LVZ, ein führendes Mitglied der Kameradschaftsszene aus Borna lebe inzwischen im Vereinsdomizil. Für DIE LINKE ist diese Entwicklung ein Grund mehr, die Angelegenheit in der nächsten Sitzung des Innenausschusses des Landtages zur Sprache zu bringen und den Antrag der Linksfraktion zur Gedächtnisstätte mit Hochdruck zu verfolgen. Darin fordern wir von der Staatsregierung eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel eines Vereinsverbotes. Allen Experten ist unverständlich, dass der Bundesinnenminister den Mutterverein Collegium Humanum verboten und die Tochter Verein Gedächtnisstätte unbehelligt gelassen hat. Wir wollen das geändert wissen und sehen die Staatsregierung in der Pflicht.

*Kerstin Köditz, MdL Sachsen*
*ausführlicher auf*
*www.kerstin.koeditz.de* ■

---

→ trum in den Ortsteil Niederschönhausen. Auf dem Weg dorthin solidarisierten sich die TeilnehmerInnen mit alternativen Pankower Jugendeinrichtungen, wie dem Unabhängigen Jugendzentrum Pankow (JUP e.V.) und dem Kurt-Lade-Klub, die wegen ihres Engagements gegen Rechts im Fokus der Pankower Naziszene stehen und mehrfach angegriffen wurden. 70 Jahre nach den Pogromen gegen die jüdische Bevölkerung war es den AntifaschistInnen ebenso ein Anliegen, gegen den auch in der Gegenwart tief verwurzelten Antisemitismus Stellung zu beziehen. In Niederschönhausen verwiesen Redner auf den Charakter des Ortsteils als Aktions- und Rückzugsraum für gewaltbereitete Neonazis. Beendet wurde die Veranstaltung 18 Uhr am S-Bhf. Heinersdorf. Der rassistisch gefärbte Konflikt um die Moschee war hier ebenfalls ein Thema.

Die Polizei war am Samstag mit mehreren Hundertschaften des 2. Bereitschaftszuges im Einsatz. Bereits am Startpunkt nahm sie rund 20 AntifaschistInnen mit fadenscheiniger Begründung vorübergehend fest. Zudem befanden sich die DemonstrantInnen über den gesamten Zeitraum in einem Wanderkessel der Polizei. Michaela Trutschke kritisiert die Polizei für ihre Strategie: „Menschen, die sich gegen Neonazis auflehnen werden kriminalisiert und schikaniert. Antifaschismus ist aber notwendig und nicht kriminell!“.

Im Vorfeld der Demo griffen Neonazis anreisende TeilnehmerInnen an, unter anderem Am Steinberg in Weißensee und auf dem Hauptbahnhof.

*VVN-BdA Berlin-Pankow e.V.*
*Foto: Björn Kietzmann, Mehr Fotos unter: http://www.flickr.com/photos/kietzmann/sets/72157609157318733* ■

## 18. Antirassistischer Ratschlag: Gemeinsame Weiterarbeit vereinbart

ERFURT. „Ich freue mich sehr, dass so viele junge Menschen gekommen sind.“ sagt Undine Zachlot von ver.di. Zusammen mit einem breiten Bündnis hatte sie den 18. antirassistischen und antifaschistischen Ratschlag organisiert, zu dem am Wochenende rund 200 Menschen aus ganz Thüringen in Erfurt zusammengekommen waren. In insgesamt 14 Workshops und Foren setzten sich die Teilnehmer mit unterschiedlichen Aspekten rund um die Themen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus auseinander und diskutierten eigene Gegenstrategien. „Viele Teilnehmer waren das erste mal dabei und haben uns gezeigt, dass wir ein solches organisationsübergreifendes Treffen einmal im Jahr weiterhin brauchen.“, so Zachlot weiter. Viele TeilnehmerInnen sprachen sich auch für den Erhalt des Besetzten Hauses auf dem ehemaligen Topf&Söhne Gelände aus, da eine weltoffene Stadt Erfurt gerade solche Projekte, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, Raum geben sollte.

Am Vormittag legte Dr. Olaf Decker von der Universität Leipzig, Mitautor der aktuellen Studie „Vom Rand zur Mitte – Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland“ den Teilnehmern anschaulich dar, dass man nicht nur den rechten Rand der Gesellschaft im Blick haben dürfe, denn rechtsextreme Einstellungen existierten bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein. Ausländerfeindlichkeit bezeichnete Decker als „Einstiegsdroge“ in rechtsextreme Ideologien.

Bei der vorangegangenen Demonstration hatte Pröpstin Elfriede Begrich den Teilnehmern für ihr Engagement gedankt und bedauert, dass sich nicht noch mehr Bürger gegen Rechtsextremismus engagieren. „Es wäre schön, wenn alle Ratschläge gehört worden wären und wir eine solche Veranstaltung nicht mehr bräuchten. Doch wir wissen auch, dass dies nicht so ist“, so Begrich weiter.

Bereits am Freitag abend beteiligten sich rund 140 Personen an einem Mahngang für die Opfer des Nationalsozialismus, bei dem am Bahnhof der deportierten und ermordeten jüdischen Erfurterinnen und Erfurter gedacht wurde. Am Rande kam es zu einigen Störungsversuchen und Pöbeleien, die die Teilnehmer sowie die Polizei jedoch unterbanden. „Es ist traurig, dass das Gedenken an die Opfer gestört wird. Dies zeigt aber auch, wie wichtig die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Ideologien heute ist“, so ein Sprecher des Vorbereitungsbündnisses.

*presse@ratschlag-thueringen.de*
*www.ratschlag-thueringen.de* ■

# Warme Worte gegen rechts

## Hamburgs Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus: Ein Strohfeuer

Kurz vor der Bürgerschaftswahl verkündete die Hamburger Sozialbehörde medienwirksam die Gründung eines „Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus“ mit angegliederten mobilen Interventionsteams.

Ausschlaggebend war für den alten CDU-Senat jedoch nicht das Erstarken des organisierten Neofaschismus in Hamburg oder die drastische Zunahme von Straftaten der extremen Rechten, 2006 war Hamburg das West-Bundesland mit den meisten rechten Straftaten pro Einwohner, als vielmehr die banale Tatsache, dass es ab Januar 2008 Bundesmittel gab. So konnte der Senat im Februar Engagement vortäuschen, welches es bis heute, auch mit grünem Koalitionspartner, nicht gibt.

Für das BNW kommen jährlich 125.000 Euro aus dem Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“, aus Landesmitteln kommen nur schäbige 20.000. Doch auch mit diesem Etat ist bisher nicht viel geschehen, sieht man von der Züchtung eines bürokratischen Wasserkopfes ab. Bis Mitte September haben sage und schreibe 3 Sitzungen des BNW (Vorstellung des Bundesprogramms, Lagebericht Rechtsextremismus und Lernstrategien demokratischer Rechtsextremismusprävention) stattgefunden, Beratungstätigkeit im eigentlichen Sinne fand noch gar nicht statt.

Leider ist die Inaktivität beim BNW dazu mit Inkompetenz gekoppelt. Die Landeskoordinationsstelle und die Geschäftsführung des BNW sind in Hamburg bei der „Johann Daniel Lawaetz-Stiftung“ angesiedelt. Diese hat zwar Erfahrungen mit Netzwerken, Quartierentwicklung, Gewaltprävention und Zivilcourage, „Erfahrungen mit Projekten im Bereich des Rechtsextremismus gehörten jedoch nicht zu den Anforderungen“ erklärte der schwarz-grüne Senat auf Anfrage.

Ein ausgearbeitetes Konzept für die Arbeit des BNW scheint nach einem halben Jahr noch nicht vorzuliegen, stattdessen versucht man die Inaktivität durch beschönigende Phraseologie zu verschleiern. Der Geschäftsführung „obliegt prozessbegleitende Sicherung der Qualität der Netzwerkarbeit ... als Landeskoordinierungsstelle unterstützt sie auch die zuständige Behörde bei der Wahrung ministerieller Aufgaben im Zuge des Bundesprogramms“, heißt es in der Aufgabenbeschreibung. Hier deutet sich ein bürokratischer Wasserkopf an, der die beteiligten staatlichen und nicht staatlichen Akteure, Arbeitskreise und Netzwerke koordiniert, verwaltet und der Öffentlichkeit präsentiert und damit wahrscheinlich auch schon seine personellen und finanziellen Ressourcen erschöpft hat.

Inhaltliche Richtlinie beim BNW ist die altbekannte und unwissenschaftliche Totalitarismus-Doktrin, nach der rot gleich braun sei. Bei der Vorstellung im Februar machte die damalige Sozialsena-

torin Birgit Schnieber-Jastram diesen Umstand gleich in den ersten beiden Sätzen deutlich: „Unser demokratisches Staatswesen wird von Extremisten aller Couleur bedroht. Besonders junge Menschen sind dabei oft Ziel extremistischer Aktivitäten.“ Und ergänzte nach einigen Ausführungen zum BNW: „Darüber hinaus dürfen wir aber nicht auf dem linken Auge blind werden.“

Es ist also zu erwarten, dass „Rechtsextremismus“ im Sinne des BNW im Wesentlichen als Jugend- und Gewalt-Phänomen begriffen wird, gesellschaftliche und strukturelle Ursachen kaum im Fokus sind und Intervention vor allem als „Feuerwehrpolitik“ betrieben wird statt mit langfristigen Konzepten zu agieren.

Auch die personelle Zusammensetzung lässt darauf schließen, dass die Bekämpfung von Neofaschismus weniger Aufgabe der Zivilgesellschaft, als vielmehr staatlicher Ordnungspolitik sein soll.

Linke und antifaschistische Organisationen, sieht man von DGB und dem Landesjugendring ab, sind im BNW nicht vertreten. Von den 37 regelmäßig zum BNW eingeladenen Personen kommen 17 aus den 4 angeschlossenen Behörden und weitere 6 aus anderen staatlichen Institutionen, darunter der Verfassungsschutz, das LKA 71 und weitere Angehörige der Polizei. Federführend ist die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz unter Senator Dietrich Wersich. Auf externen Sachverstand aus Kirchen, anderen Religionsgemeinschaften und Sportverbänden bspw. ist verzichtet worden.

Doch damit wird nicht nur auf Kompetenz von Institutionen an der Basis verzichtet, sondern auch das nötige Vertrauen für krisenbezogene Beratung und Intervention aufs Spiel gesetzt. Repressionsorgane wie die Polizei oder ein Geheimdienst verfolgen oftmals eigene Ziele und rufen bei möglichen Hilfesuchenden, z.b. aussteigewilligen Nazis oder besorgten Angehörigen, berechtigte Skepsis hervor.

Zweites Kernstück des Senatsprogramms soll der Aufbau von Mobilen Beratungsteams (MBT) sein. Diese können angefordert werden, wenn „rechtsextremistische Gruppen versuchen, Institutionen zu unterwandern oder vor Schulen für ihr Gedankengut zu werben,“ erklärte Schnieber-Jastram Anfang des Jahres. In anderen Bundesländern, z. B. Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen-Anhalt, laufen diese Projekte schon seit längerem ganz erfolgreich, wenn auch mit unzureichenden Mitteln ausgestattet und am staatlichen Gängelband gehalten. In Hamburg versäumte der schwarz-grüne Senat selbst hier lange die erfolgreiche Umsetzung. Schon im Mai wurde die Geschäftsführung der MBTs ausgeschrieben, beworben hatte sich ausschließlich die DGB-Jugend, welche auch im BNW vertreten ist. Diese war der Sozialbehörde aber scheinbar wenig genehm, eine Besetzung des Trägers der MBT erfolgte erst jetzt durch „Arbeit und Leben“ sowie durch die DGB-Jugend. Diese haben jetzt eine Stelle zur „Koordination der Mobilen Beratungsteams“ ausgeschrieben, die Arbeitsaufnahme kann also frühestens Ende November erfolgen. Die Stelle ist vorläufig befristet für ein Jahr und Ende 2010 laufen dann das gesamte Bundesprogramm und die Förderung schon wieder aus. Die 145.000 Euro für dieses Jahr hätte damit der schwarz-grüne Senat erfogreich beim Kampf gegen rechts in den Sand gesetzt. Und dass in der Aufgabenbeschreibung der MBTs die „Überprüfung der Nachhaltigkeit der Intervention“ gegenüber neofaschistischen Krisen gefordert wird, ist angesichts dieses Strohfeuers wohl eher ein Witz.

*erk* ■

*Quellen: Bürgerschaftsdrucksache 19/1038 und div. Presseartikel*

# Gedenkstätte Brauweiler eröffnet

**Nicht zufällig fand die Eröffnung der neuen „Gedenkstätte Brauweiler“ am 9. November, dem 70. Jahrestag der Reichspogromnacht, statt.**

Nach Brauweiler, genau genommen in die in dem westlichen Vorort Kölns gelegene frühere Arbeitsanstalt, wurden die in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 ihrer Freiheit beraubten Kölner Juden transportiert, bevor sie wenige Tage später ins Konzentrationslager Dachau verschleppt wurden. Darauf wies der Vorsitzende der Landschaftsversammlung, Dr. Jürgen Wilhelm in seiner Eröffnungsrede hin, in der er die von den Nazis so genannte Reichskristallnacht als den Wendepunkt von Ausgrenzung jüdischer Menschen zu ihrer Vernichtung bezeichnete.

Die Gedenkstätte, die leider nur für Gruppen nach vorheriger Anmeldung zugänglich ist, befindet sich im Keller eines Verwaltungsgebäudes des Landschaftsverbands Rheinland. In diesem Gebäude befand sich vor 1945 der sogenannte Frauenbau, das Zellengebäude für die weiblichen Gefangenen, in dem zahlreiche Zwangsarbeiterinnen und Widerstandskämpferinnen, aber auch Geiseln der Nazis, wie Konrad Adenauers Frau Gussi, gefangen gehalten und gequält wurden. Zwei der kleinen Zellen mit einem gemauerten Sockel als Bett, sind noch weitgehend in ihrem ursprünglichen Zustand erhalten und vermitteln einen beklemmenden Eindruck von den Verhältnissen, unter denen die Gefangenen leben mussten.

*Zellentrakt in Brauweiler 1949*

Die Ausstellung dokumentiert die Geschichte der Arbeitsanstalt in den Jahren 1933 – 1945 vom frühen KZ in den Anfangsjahren der faschistischen Diktatur bis zur Zentrale einer Gestapo-Einsatzgruppe unter dem berüchtigten Schläger und Mörder Hoegen seit 1944. Sie berichtet, dass dort nicht nur die Edelweißpiraten gequält wurden, sondern auch zahlreiche Mitglieder des Kölner Nationalkomitees Freies Deutschland, sowie viele Zwangsarbeiter(innen) ermordet wurden. Allerdings soll diese Ausstellung sich nach dem Willen der Historiker Hermann Daners und Josef Wisskirchen, die die Tafeln erstellt haben, jeder politischen Instrumentalisierung entziehen und „auf falsche Heldenlegenden“ verzichten (so Wisskirchen in seinem Eröffnungsvortrag). Diese scheinbare Objektivität führt dazu, dass stellenweise nicht nur der Nazijargon übernommen wurde, so ist auf einigen Tafeln von Ost- bzw. Fremdarbeitern die Rede, ohne dass deutlich gemacht würde, dass es sich um verschleppte Zwangsarbeiter(innen) handelte. Auch die Legende von den Edelweißpiraten als angeblich unpolitisch-kriminelle Jugendgruppe wird wieder einmal aufgewärmt. Diese kritischen Punkte, die dem sich objektiv gebenden (aber nicht objektiven) Geschichtsverständnis der Erarbeiter zu verdanken sind, mindern den Erkenntnisgewinn an der ansonsten sehr informativen Ausstellung leider und sollten zu einer Diskussion Anlass geben.

*tri* ■

# „Zerreißen wir den Schleier über den NS-Verbrechen der Wirtschaft“

**Zum Gedenken an die Pogromnacht vor 70 Jahren am 9. November 1938 lud das „Bündnis Dortmund gegen Rechts“ zu einem antifaschistischen Spaziergang am Samstag, den 8. November ein, auf dem Stolpersteine aufgesucht wurden, an denen der Opfer des Naziterrors gedacht wurde. Wir dokumentieren die Rede von Ulrich Sander, Bundessprecher der VVN-BdA, auf dem Gelände der ehemaligen Springorum-Villa, Hainallee, Dortmund.**

Nachdem der konservative Politiker und Ex-Reichskanzler von Papen mit Hitler am 4. Januar 1933 im Hause des Kölner Bankiers v. Schröder die Weichen für die Machtübertragung an Hitler und seine bald alleinherrschende Partei gestellt hatten, besuchte von Papen am 7.1. die Villa Springorum, an deren früherem Standort wir jetzt stehen. Hier klärte er mit den Herren der „Ruhrlade“ die Einzelheiten der Machtübertragung und machte weitere Millionen Reichsmark für die Nazipartei locker. Die Teilnehmer waren u.a. Friedrich Springorum vom Hoesch-Konzern und Albert Vögler, Vereinigte Stahlwerke. Wir erinnern heute auch an die Verbrechen der Wirtschaft in der Zeit von 1933 bis 1945, an ihrem Anteil an Krieg, Unterdrückung, Völkermord und Holocaust.

Die antijüdischen Aktionen des Jahres 1938 gipfelten im Novemberpogrom, höhnend und verniedlichend „Reichskristallnacht“ genannt. SA- und SS-Trupps, zivil getarnt, sowie andere Nazis zerstörten am 9. und 10. November 1938 Tausende jüdische Geschäfte, Wohnungen und Synagogen. Von offizieller Seite wurden 91 Todesopfer angegeben. Die tatsächliche Zahl der Todesopfer lag höher. Etwa 30.000 jüdische Männer wurden – meist für mehrere Wochen – in die Konzentrationslager Buchenwald, Sachsenhausen und Dachau eingesperrt. Die Nazis drängten sie zur Auswanderung und Aufgabe ihres Besitzes.

Die Schäden des Pogroms wurden von der „Reichsgruppe Versicherungen“ auf 49,5 Millionen Reichsmark beziffert. Im Auftrag Görings wurde den Juden zum „Schadensersatz“ eine Kontribution auferlegt, die schließlich 1,127 Milliarden RM betrug. So reiht sich die Reichspogromnacht ein in die Reihe der Verbrechen der Wirtschaft in jener Zeit. Denn der „Schadensersatz“, das waren die Versicherungssummen und Bankkonten jüdischer Menschen in Deutschland und Österreich, wurde in die Rüstungsindustrie gesteckt. Sie machte ungeahnte Profite.

Gleich nach dem Pogrom, am 12. November 1938, fand unter der Leitung von Hermann Göring im Luftfahrtministerium eine Sitzung statt, auf der die weitere „Judenpolitik“ verkündet wurde. Göring, zweiter Mann nach Hitler, ging es bei dieser Zusammenkunft vor allem um den zügigen Abschluss der „Arisierung“ der deutschen Wirtschaft. „Bei der Arisierung der Wirtschaft ist der Grundgedanke folgender: der Jude wird aus der Wirtschaft ausgeschieden und tritt seine Wirtschaftsgüter an den Staat ab“, erklärte Göring.

Einen Ausblick auf die nächste Zeit gab Göring mit folgenden Ausführungen: „Wenn das Deutsche Reich in irgendeiner absehbaren Zeit in außenpolitischen Konflikt kommt, so ist es selbstverständlich, dass auch wir in Deutsch-

land in aller erster Linie daran denken werden, eine große Abrechnung mit den Juden zu vollziehen.“ Der Novemberpogrom war also der Auftakt zum Krieg und zur Vernichtung der europäischen Juden.

Im Herbst 1938, so zeigt eine Bestandsaufnahme der „Arisierung“, d.h. Liquidierung jüdischen Eigentum in der Wirtschaft, waren von den ehemals rund 100.000 jüdischen Betrieben nur noch etwa 40.000 in jüdischem Besitz; von den 50.000 Einzelhandelsbetrieben nur noch 9000. Ende 1937 waren 30.000 jüdische Arbeitslose registriert. Bereits im Frühjahr 1938 waren es doppelt so viele. 1933 wurde jüdisches Vermögen auf rund 12 Milliarden RM geschätzt, im April 1938 auf weniger als die Hälfte.

Mit der „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ vom 12. 11. 1938 wurden Juden als Eigentümer wirtschaftlicher Unternehmen aus der Wirtschaft vollständig vertrieben. In der von „Göring, Generalfeldmarschall, Beauftragter für den Vierjahresplan“ unterschriebenen Verordnung heißt es u.a.: „§1 (1) Juden (§5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 [...] ist vom 1. Januar 1939 ab der Betrieb von Einzelhandelsverkaufsstellen, Versandgeschäften oder Bestellkontoren sowie der selbständige Betrieb eines Handwerks untersagt.“ Jüdische Gewerbebetriebe, Markt- und Messestände sind verboten und sie „sind polizeilich zu schließen.“ (Absatz 3)

Durch den Novemberpogrom 1938 und die sich daran anschließenden staatlichen Maßnahmen erfolgte schnell der gänzliche wirtschaftliche Ruin der deutschen Juden.

Nach dem Pogrom im November 1938 wurde die „Reichszentrale für jüdische Auswanderung“ gebildet; Leiter war der Gestapo-Chef Müller; die tägliche Arbeit organisierte Adolf Eichmann.

Victor Klemperer schreibt Mitte September 1939 in sein Tagebuch: „Befehl der Regierung von Mund zu Mund zu verbreiten an alle Juden: Verbot, nach acht Uhr das Haus zu verlassen, Verbot, jüdische Verwandte als Besuch bei sich aufzunehmen. Außerdem Fragebogen für Gestapo ausfüllen, wie weit Stand der Auswanderung.“ Bis zum 1. April 1940 müsse er sein Haus verlassen, habe ihm ein Parteibeamter im Dezember 1939 mitgeteilt. Da seine Frau arisch sei, stünden ihm und ihr zwei Zimmer zu.

Die „Auswanderungsarbeit“ unter Eichmanns Führung stand von nun an unter der heimlichen Überschrift „Deportation“ und damit Abtransport in den Tod.

Zu den Profiteuren des vernichtenden Antisemitismus und der Arisierung der Wirtschaft gehörten die Industriellen an Rhein und Ruhr. Die Arisierungspolitik gehörte neben der Kriegstreiberei zu weiteren großen Verbrechenskomplexen der Wirtschaft, die Ausbeutung von Zwangsarbeitern und die Ausplünderung besetzter Gebiete sollten folgen.

Nehmen wir das Beispiel von Friedrich Flick. Nach ihm war bis vor wenigen Tagen in Kreuztal bei Siegen ein Gymnasium benannt, bis die ehemaligen Schülerinnen und Schüler jetzt eine Namensänderung erzwangen.

Für die Arisierung der damaligen großen Petschek-Konzerne im Montanbereich ließ Flick ein Gesetz entwerfen, das dann von Göring am 3. Dezember 1938 in der Verordnung über den Einsatz jüdischen Vermögens befolgt wird. Flick hatte argumentiert: Der Ignaz-Petschek-Konzern dürfe nur solchen Unternehmen zufallen, „deren Interesse aus nationalsozialistischen Gesichtspunkten zu begründen ist.“ Von den Arisierungen profitierte der Flick-Konzern quantitativ wie kein anderes privates Unternehmen. In den zwölf Jahren der NS-Diktatur verzehnfachte er die Zahl der Beschäftigten und baute seinen Konzern zum zweitgrößten privatwirtschaftlichen Stahlerzeuger des Deutschen Reiches aus. Oft wird gesagt: Nationalsozialisten waren die Konzernherren nicht. Viele traten erst spät oder nie in die NSDAP ein. Ist das wichtig? Wichtig ist: Sie suchten und gewannen 1933 – viele schon vorher – die Gunst der neuen Machthaber und profitierte in großem Ausmaß von „Arisierungen“, Zwangsarbeit und dem immensen Bedarf an Rüstungsgütern. Dafür wurden nur wenige Führungskräfte der Konzerne, so Flick und Krupp, vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg zur Verantwortung gezogen, der Konzernchef Flick wurde als Kriegsverbrecher verurteilt. Doch trotzdem konnte er nach 1945 seinen dritten Aufstieg realisieren und seine Verbrechen verschleiern.

Wir wollen endlich diesen Schleier zerreißen. Wir, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten, wir haben in diesem Jahr die Spurensuche „Verbrechen der Wirtschaft“ gestartet. Wie die Spurensuche nach den Opfern wollen wir auch die Spurensuche nach den Tätern betreiben. Es werden Stolpersteine für die Opfer gelegt. Wir wollen auch an die Täter erinnern. Zum Beispiel hier haben wir am 7. Januar folgende Tafel provisorisch enthüllt: „Hier an der Ecke Eintrachtstraße/Hainallee, in der Villa Springorum trafen sich am 7. Januar 1933 Franz von Papen und führende Ruhrindustrielle, um die Machtübertragung an Hitler herbeizuführen. Viele Ruhrindustrielle unterstützten bereits vor 1933 die Ziele der Nazis. Sie profitierten von Krieg, Faschismus und Holocaust.“

Wir erneuern den Antrag an die Stadt Dortmund, eine Tafel dieses Textes hier anzubringen. *Ulrich Sander* ■

Literatur und Quellen:
Johannes Bähr, Axel Drecoll, Bernhard Gotto, Kim Christian Priemel und Harald Wixforth: „Der Flick-Konzern im Dritten Reich“, Hrsg. durch das Institut für Zeitgeschichte München-Berlin im Auftrag der Stiftung preußischer Kulturbesitz. Oldenbourg Verlag, München 2008, 1.018 Seiten, 60 Abb., 20 Graf., Leinen, 64,80 Euro.
Siegfried Ransch „Das ‚Jüdische Arbeitsheim Radinkendorf‘ (1940 bis 1943) – Dokumentarischer Bericht über ein Lager an der märkischen Spree“, 113 Seiten, o.Jg., Selbstverlag (Eingang: Oktober 2008)

## Bundesregierung sieht rechtsextreme Bestrebungen beim Witikobund

BERLIN. Die Bundesregierung sieht beim sudetendeutschen Witikobund weiterhin „eine Verdichtung von tatsächlichen Anhaltspunkten für rechtsextreme Bestrebungen“, wie aus ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE hervorgeht (BT-Drs. 16/10657). Damit bestätigt die Bundesregierung ihre Einschätzung des Witikobundes aus dem Jahr 2001. „Der 1948 von ehemaligen NSDAP und SS-Mitgliedern gegründete Witikobund versteht sich als ‚nationale Gesinnungsgemeinschaft‘ innerhalb der Sudetendeutschen Landsmannschaft. In seinen Reihen tummeln sich zahlreiche Funktionäre und Mitglieder rechtsextremer Vereinigungen wie der NPD. Zu Recht hält die Bundesregierung an ihrer Einschätzung zu rechtsextremen Bestrebungen beim Witikobund fest, so Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion. Trotz dieser Einschätzung nahm aber Innenstaatssekretär Peter Altmaier am Sudetendeutschen Tag im Mai 2008 teil, auf dem der Witikobund offiziell am Programm beteiligt war. ‚Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass die Teilnahme eines hochrangigen Regierungsvertreters am Sudetendeutschen Tag angemessen ist‘, heißt es dazu in der Antwort. Im Übrigen sei der Witikobund ‚organisatorisch nicht mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft verbunden‘. Die Bundesregierung ignoriert dabei, dass der Witikobund als straffe Kaderorganisation gezielt die so genannten Vertriebenenverbände unterwandert, um sie auf eine völkisch-deutschnationale Linie auszurichten. So stellten die Kader des Witikobundes vor zehn Jahren mehr als die Hälfte der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Erkenntnisse über den aktuellen Einfluss der Witikonen auf die Sudetendeutsche Landsmannschaft hat die Bundesregierung angeblich nicht.

Solange hochrangige Vertreter der Bundesregierung Seite an Seite mit Funktionären des Witikobundes auftreten, bleiben die zuletzt wieder anlässlich des Jahrestages der Reichspogromnacht geäußerten Vorsätze im Kampf gegen Rechtsextremismus inkonsequent.“

*Anfrage und Antwort auf der Website: www.ulla-jelpke.de* ■

## Frankreich:

# Krise des FN, Umgruppierung auf der extremen Rechten

**Nun ist es amtlich: Es wird nicht nur konkurrierende Listen zu denen des Front National (FN) bei den kommenden Europaparlamentswahlen geben, die aus der französischen extremen Rechten hervorgingen. Sie werden auch mit prominenten „Abweichlern" aus den Reihen des FN bestückt sein.**

Nach einigem Hin & Her und tagelangem Zögern gab Carl Lang, der frühere Generalsekretär des FN – der im Oktober 2005 von diesem Amt zurücktrat – es am Donnerstag, 13. November bekannt: Er wird eine rivalisierende Liste zu der des FN anführen. Bisher plante die Parteiführung, ihn als „Nummer Zwei" auf der Liste in der Großregion Nord-Nordwest – hinter Marine Le Pen als Spitzenkandidatin – antreten zu lassen.

Dies verweigert Carl Lang nun jedoch klipp und klar, mit den Worten, er setze „keinerlei Vertrauen, weder politischer noch technischer noch menschlicher Natur" in die Tochter des FN-Chefs Jean-Marie Le Pen. Damit hat er wohl zweifellos den Rubikon überschritten. Noch ist er nicht aus dem FN ausgeschlossen worden, aber dessen Chef wird zweifellos eine Disziplinarkommission über ihn einberufen, um seinen Hinauswurf zu beschließen.

Carl Lang gilt seit Jahren als einer der „Orthodoxen", also als fanatischer Verteidiger des „Parteiprogramms" gegen jegliche Aufweichung, insbesondere in Sachen „Immigration" respektive Rassismus. Zum Jahresende 1999 zählte er (zusammen mit Jacques Bompard, dem Bürgermeister von Orange, der seit 2005 bereits den FN verlassen hat) zu jenen führenden Kader, die Jean-Marie Le Pens damaligen Schwiegersohn Samuel Maréchal hinausekelten. Maréchal hatte zuvor programmatische Lockerungsübungen vollzogen, indem er sich öffentlich für eine Anerkennung des „multikonfessionellen" Charakters Frankreichs aussprach. (Vgl. http://www.antifaschistische-nachrichten.de/1999/24/026.shtml) Carl Lang gilt zudem als „Neuheide", was ihn freilich zum katholisch-fundamentalistischen Parteiflügel in Widerspruch setzt. 11 von insgesamt 16 Regionalparlamentariern (in Lille), die 2004 für den FN in den Regionalrat Nord-Pas de Calais gewählt worden sind, hatten Anfang November die Bildung einer „nationalen und souveränistischen" respektive „nationalen und identitären" Liste unter Führung von Carl Lang unterstützt. (Der Begriff „souveränistisch" verweist auf eine Strömung der nationalkonservativen Rechten am Rande des bürgerlichen Lagers, der Begriff „identitär" hingegen auf den stiefelfaschistischen ‚Bloc identitaire'.) Damit hatten sie sich gegen die Pläne des Chefs, der regionalen Parteistruktur seine Tochter als Spitzenkandidatin aufzuzwingen, gestellt. Sechs von ihnen wurden kurz darauf wegen Verstoßes gegen die Parteidisziplin ausgeschlossen.

Inzwischen haben sich Aktivisten anderer organisatorischer Strömungen der extremen Rechten positiv auf die Initiative Carl Langs bezogen. Zunächst erklärte Pierre Vial in einem Pressekommuniqué, er unterstütze die Kandidatur Langs.

Vial ist einer der radikalsten „Rassen"ideologen der französischen extremen Rechten. Er kommt ursprünglich aus dem Denklaboratorium GRECE und schloss sich 1988 dem FN an, zog bei der Spaltung 1999 mit den Mégret-Anhängern aus, war aber schon kurz darauf von der Entwicklung von Bruno Mégrets neuer Partei MNR (Mouvement national républicain) enttäuscht. Als Chef des völkischen Zirkels ‚Terre et peuple' (Volk & Erde) blieb er eine Zeitlang außerhalb der Parteien auf der extremen Rechten tätig. Nach 5 bis 6 Jahren als parteiunabhängiger Aktivist nahm er allerdings am 1. Juni 2008 in Paris am Gründungskongress der NDP (Nouvelle Droite Populaire, „Neue Rechte der kleinen Leute") teil.

Auch die NDP als solche hat kurz darauf selbst in einer Presseerklärung bekannt gegeben, sie unterstütze die künftig Liste unter Carl Lang als Spitzenkandidat.

Abzuwarten bleibt, ob dies einer (auch organisatorischen) Umgruppierung auf der extremen Rechten Tür und Tor öffnen wird. *Bernhard Schmid, Paris* ■

# Die extreme Rechte reagiert auf Obama

Sicherlich wird er nicht die Revolution vollziehen und auch nicht das System umstürzen. Ein wichtiges Symbol ist die Wahl von Barack Obama – jenseits seines, nach hiesigen Maßstäben, bestenfalls rechtssozialdemokratisch zu nennenden Programms – zum 44. US-Präsidenten aber dennoch.

Denn sie belegt, dass die Hürde des Rassismus, die bis dahin für einen so genannt „farbigen" Kandidaten noch unüberwindlich schien, in diesem Jahr nicht mehr wirkte. Der „factor: race" hinderte Barack Obama jedenfalls nicht am Wahlsieg. Nun wird es in Zukunft darum gehen müssen, über die Inhalte seiner Politik (an denen aus linker Sicht genügend zu kritisieren geben wird) zu reden. Aber – so bleibt zu hoffen – es wird dann endlich „gleichgültig" sein, welcher Herkunft und Hautfarbe ist, sondern nur noch konkret um das gehen, was er tut oder lässt. Das wäre an und für sich ein riesiger historischer Fortschritt. Insofern ist die Wahl Obamas unstrittig „historisch" zu nennen. Ähnlich sieht das, freilich mit entgegen gesetzten Vorzeichen, auch die extreme Rechte. Aus ihrer Sicht ist die Wahl dessen, der für viele Rechtsextreme nicht nur ein Schwarzer, sondern vor allem (oder zusätzlich) ein angeblicher verkappter Moslem ist, ein geschichtliches Warnzeichen. Das gilt für solche Rechte, die näher am rechten Rand der Konservativen stehen – etwa für die deutsche Webpage ‚Politically Incorrect', die nicht müde war, „Barack Hussein Obama" als angeblich nur geschickt sich tarnenden Anhänger des Islam zu tarnen – ebenso wie für Neonazis und Neofaschisten im engeren Sinne.

Dennoch lassen sich mindestens zwei große Pole in ihren Reaktionen ausmachen. Auf der einen Seite stehen jene Rechten, denen schlicht ein Wahlsieg des Kandidaten der US-Republikaner, John McCain, als des rechteren der beiden Bewerber lieber gewesen wäre. Diese Protagonisten setzten sich im Vorfeld für eine Unterstützung McCains ein, oder betrauern im Nachhinein seine Niederlage. Und dies mit mal stärkerer Betonung der politisch-ideologischen Unterschiede zwischen den beiden Lagern, vor allem bei der Wirtschaftspolitik (bei der dem Kandidaten der Us-Demokraten angebliche „sozialistische Tendenzen" nachgesagt werden), mal mit einer stärkeren rassistischen Komponente. Diese Position impliziert aber jeweils einen positiven Bezug auf das US-System als solches, innerhalb dessen Bezugsrahmen aber den Republikanern der Vorzug eingeräumt wird. Auf der anderen Seite finden sich jene Rechtsextremen, die das US-System als solches rundheraus ablehnen; aus deren Sicht die USA insbesondere als eine Einwanderungs- und „Mischlingsgesellschaft kritik- oder bekämpfungswürdig sind. Aus ihrer Sicht ist zudem erwähnenswert, dass „den Juden" angeblich ein erhöhter Einfluss auf das US-System zukomme.

Im Falle der österreichischen extremen Rechten, die in zwei Parteien (die FPÖ und das BZÖ) aufgeteilt ist, sind die Rollen beispielsweise verteilt bzw. werden die jeweiligen Positionen in beiden Parteien unter- →

schiedlich stark gewichtet. So findet man den höchsten Anteil an – qua Staatsbürgerschaft verhinderter – McCain-Wählern unter allen österreichischen Parteien, rund 19 % in ihrem Publikum, bei der früheren Jörg Haider-Partei BZÖ. Bei allen anderen Parteien ist dieser Anteil (etwas) niedriger, während im Durchschnitt 79 % der Österreicher/innen vorab einen Wahlsieg Barack Obamas favorisierten. Darin kommt jedoch kein „Vorzug für das linkere Lager" unter den beiden Großparteien der USA oder gar Antirassismus zum Ausdruck. Es ist vielmehr Ausdruck einer während der Bush-Ära gewachsenen Distanz zur außenpolitischen Rolle der USA: Diese wird, mal aus eher richtigen Gründen (Gegnerschaft zur militarisierten Interessendurchsetzung und zu Eroberungskriegen) und mal auch ziemlich falschen Motiven (der Trauer darüber, dass die eigene Nation und/oder Europa gegenüber den USA nicht genügend selbst zum Zuge komme), oft von breiten Mehrheiten abgelehnt. Die unterschiedlichen Motive, antimilitaristische wie chauvinistische, mischen sich dabei oft. Die Präferenz für Obama drückt dabei jedoch oft aus, dass von dem nun gewählten Kandidaten in Europa vielfach erwartet wurde und wird, er werde weniger stark den „Unilateralismus" der USA betonen und die europäischen Länder stärker in seine Außenpolitik einbinden.

Während sich beim BZÖ also der relativ größte Anteil an McCain (rund 19 %) und der relativ kleinste Anteil an Obama-Sympathisanten (69 %) unter den österreichischen Parteien fand, positionierte sich die insgesamt „radikalere" FPÖ mit stärkerer Distanz zum US-System insgesamt. Ihr Parteichef Heinz-Christian Strache meinte in einem Interview mit der Wiener Tageszeitung „Der Standard" vom 7. November sarkastisch, lieber noch als die Wahl eines Schwarzen oder eines Weißen wäre ihm die „eines Indianers" zum US-Präsidenten gewesen. Denn Schwarze oder Weiße seien ja „gleichermaßen Zuwanderer" in die USA gewesen.

Eine solche Gleichsetzung ist historisch natürlich Unsinn und überaus zynisch, denn die Einen kamen als freiwillige (wenn auch oft von ökonomischen Motiven getriebene) Zuwanderer, die Anderen hingegen als Sklaven im Bauch der Schiffe über den Atlantik. Die Äußerung von Strache drückt jedoch indirekt die generelle rechte Ablehnung gegen eine „Melting Pot-Nation", die generell aus Einwanderern – und Sklaven – aus allen Himmelsrichtungen entstanden sei. Der positive Bezug auf „die Indianer" (die tatsächlich Opfer von historischen Verbrechen und Massakern wurde, die es zu beklagen gilt) ist dabei ein klassisches Stereotyp auf der extremen Rechten:

Jean-Marie Le Pen eröffnete im Sommer 1990 die damalige Sommerakademie des FJN (Jugendorganisation des Front National) im Indianerkostüm mitsamt Federschmuck. Dieses Symbol soll indirekt aussagen, man sei für die „in der eigenen Erde verwurzelten Völker" und gegen Zuwanderung, denn sonst ergehe es den europäischen Völkern eines Tages „wie den Indianern" – „und wir finden uns im Reservat wieder". (Wohin man die Le Pens und Strache freilich gerne wünschen würde.)

Auf der französischen extremen Rechten sind die Reaktionen ebenfalls aufgeteilt. Die extremsten unterschiedlichen Reaktionen finden sich dabei bei zwei (direkten oder indirekten) Absplitterungen vom Front National: der NDR (oder ‚Nouvelle Droite Républicaine', „Republikanische Neue Rechte") einerseits, und der NDP (oder ‚Nouvelle Droite Populaire', „Neue Rechte der kleinen Leute") anderseits. Das ist auch kein Wunder, denn die NDR ging im September 2008 aus einer Spaltung der – selbst am 1. Juni dieses Jahres gegründeten – NDP hervor. Deren Chefs hatten zuvor ihrem bisherigen Generalsekretär, Jean-Fraçois Touzé (früher Front National), Pro-Amerikanismus sowie „zionistische Positionen" vorgeworfen. Touzé ging daraufhin seinen eigenen Laden gründen, und betrieb eifrig Werbung für die Unterstützung von John McCain.

Auf der durch seine neue (Klein-)Partei genutzten Webpage, Rebelles-info, findet sich ebenfalls solcherlei positive Bezugnahme auf die US-amerikanische Rechte. Die Wahl Barack Obamas wurde entsprechend heftig beklagt. Oft wurde dies aber noch zusätzlich durch „rassenbezogene" Motive in Bezug auf den gewählten Kandidaten ergänzt. So jammerte der thatcheristische Ökonom Gérard Pince – einer der Weggefährten und Bündnispartner dieser Fraktion der extremen Rechten – in einem larmoyanten Beitrag unter dem Titel „Unsere Tag sind gezählt" herum: „Die Weißen" seien Opfer (!) eines „rassistischen Votums" der ethnischen Minderheiten geworden. Denn Letztere hätten nur deswegen für Obama gestimmt, weil dieser schwarzer Hautfarbe (respektive „Mischling") ist. Nunmehr gehe es den Weißen wohl alsbald endgültig an den Kragen.

So sieht reaktionäre Verzweiflung, ein bekanntes Phänomen, aus…

*Bernhard Schmid, Paris* ■

## Präsidentengattin surft auf „Obama-Welle". Streit mit rassistischem Witzereißer Berlusconi und seiner Gang

„Er ist jung, schön und immer dunkel gebrannt/sonnengebrannt": Es klingt vielleicht auf den ersten Blick wie ein Kompliment, spätestens auf den zweiten Blick aber handelt es sich um einen rassistischen „Witz". Nun ist man von dem, der ihn riss, ja Einiges in Sachen „Herrenwitze" und anderer geschmackloser Sprüche gewöhnt. Denn der ihn aussprach, ist der italienische Premierminister - und der solchermaßen „Beglückte" ist der frisch gewählte, ab dem 20. Januar 2009 amtierende US-Präsident Barack Obama.

Die französische Präsidentengattin Carla Bruni-Sarkozy, die selbst italienischer Herkunft ist, wollte diesen jüngsten Ausspruch des Premierministers ihres früheren Landes so nicht auf sich sitzen lassen. Sie erwiderte öffentlich auf den Schenkelklopfer Berlusconis, sie sei „vor allem glücklich, nunmehr Französin zu sein". Das bedeutete so viel wie, sie sei sich's ganz zufrieden damit, nicht länger italienische Staatsbürgerin zu sein. (Infolge ihrer Einbürgerung in Frankreich verlor sie ihre italienische Staatsbürgerschaft: Das „Abkommen von Strasbourg" zwischen den Ländern des Europarats von 1963 sieht vor, dass seine ursprüngliche Staatsbürgerschaft verliert, wer freiwillig die eines anderen Mitgliedslandes annimmt. In der Bundesrepublik gilt dieses ursprünglich zwischen 12 europäischen Staaten geschlossene Abkommen nicht mehr, da Berlin es mit Wirkung zum 22.12.2002 aufgekündigt hat.) Der italienische frühere Staatspräsident Francesco Cossiga, der für seine ausgesprochen rechtslastigen Auffassungen bekannt ist, kofferte seinerseits unverzüglich zurück: „Wir sind auch froh, dass Frau Bruni nicht mehr Italienerin ist. Aber bei ihrem bewegten Leben weiß man ja, ob sie nicht froh sein wird, eines Tages ihre italienische Staatsbürgerschaft zurück zu (v)erlangen."

Im Hintergrund steht, dass Carla Bruni sich – im Zuge der aktuellen Euphorie innerhalb der „ethnischen Minderheiten" über die erste Wahl eines „schwarzen" US-Präsidenten – für bessere Antidiskriminierungsregeln in der französischen Politik ausspricht.

In einem Interview, das am 9. November in der französischen Sonntagszeitung JDD erschien, sprach sie sich entsprechend für das „Manifest für reale Gleichheit" aus, das von etablierten Persönlichkeiten auf der politischen Linken wie auf der bürgerlichen Rechten unterzeichnet worden ist.

Es spricht sich dafür aus, die Wahl Obamas zum Anlass zu nehmen, endlich auch eine bessere – oder selbstverständlichere – politische Repräsentation so genannt „farbiger" und anderer Menschen in Frankreich zu fordern. Ihr Status als Präsidentengattin verbiete ihr, so Carla Bruni-Sarkozy, das Manifest zu unterzeichnen. Aber sie unterstütze es voll und ganz.

Offenkundig möchte auch Carla Bruni-Sarkozy mit auf der aktuellen Obama-Welle surfen. Dies mag durchaus auch ihren persönlichen Überzeugungen entsprechen, denn vor ihrer Heirat mit Nicolas Sarkozy stand die Sängerin Carla Bruni eher der (moderaten) Linken nahe und sprach sich gegen die Einführung von Gentests – als Voraussetzung für die Familienzusammenführung – im französischen Ausländerrecht im Herbst 2007 aus.

Allerdings steht dahinter sicherlich auch eine Kommunikationsstrategie ihres Präsidenten-Ehemanns. Sarkozy beweist nämlich nicht nur nach Rechts hin Integrationskraft (durch die mehrfache Verschärfung der Ausländergesetze, und dadurch, dass er im vergangenen Jahr rund eine Million früherer FN-Wähler/innen anzuziehen vermochte).

Dasselbe gilt auch für humanistisch gesinnte Milieus in der bürgerlichen oder linken Mitte. Sarkozy möchte eben einfach überall, vor allem „über den Parteien" stehen. Letztes Beispiel ist seine Ansprache vom 11. November, der in Frankreich ein gesetzlicher Feiertag – mit Militärparade – aus Gedenken an das Ende des Ersten Weltkriegs am 11.11. 1918 ist. Als erster Präsident sprach sich Sarkozy dafür aus, anzuerkennen, dass die Deserteure des Ersten Weltkriegs „nicht ehrlos" gewesen seien. Auch wenn der damalige „totale Krieg" es nicht zugelassen habe, „nachsichtig zu sein", so müsse man, so Sarkozy, doch die damaligen Deserteure verstehen, die in den Schützengräben bereits „ihr Äußerstes gegeben" hätten. Zur Zeit seines Amtsvorgängers Jacques Chirac und dessen Premierministers Lionel Jospin hatte die Staatsspitze, zum letzten „runden" Jahrestag im November 1918, ein solches offizielles Bekenntnis zur moralischen Rehabilitierung der Deserteure – die 1917 am ‚Chemin des Dames' für's Exempel erschossen worden waren – noch verweigert.

*BhS, Paris* ■

## Amnesty startet Großaktion zu Menschenrechten

BERLIN. Unter dem Motto „30 Rechte an 30 Tagen“ macht Amnesty International einen Monat lang vor dem 60igsten Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) auf die einzelnen Menschenrechte aufmerksam. In der Hauptstadt projiziert die Menschenrechtsorganisation jeden Tag eines der insgesamt 30 Menschenrechte auf Europas größten Nachtbildschirm, ein 660 Quadratmeter großes LED-Netz. Die Lichtinstallation beginnt am 10.11. mit einem leuchtenden „Ich bin frei“ gemäß Artikel 1 zu Freiheit, Gleichheit und „Geschwisterlichkeit“ der Menschenrechtserklärung und wird mit einer Lichteraktion am Brandenburger Tor am 10.12.2008 enden.

www.arbeiterfotografie.com

Die internationale Erklärung der Vereinten Nationen (UN) vom 10.12.1948 fordert von den Regierungen die Anerkennung und Durchsetzung universeller Rechte, die in 30 Artikeln festgeschrieben wurden.

„Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte benennt die globalen Werte von Gleichheit und Gerechtigkeit. So konnte das Leben von Millionen von Menschen verbessert werden“, bilanziert Barbara Lochbihler, Generalsekretärin von Amnesty International in Deutschland. Die Erklärung habe dazu beigetragen, Folter zu ächten, Rechte von Kindern zu schützen und Täter von Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft zu ziehen. „Doch das damalige Versprechen ist auch ein uneingelöstes Versprechen. Von den unterzeichnenden Regierungen wird es nahezu täglich gebrochen“, sagte Lochbihler. Allein der Kampf gegen den Terrorismus führe weltweit zu Menschenrechtsverletzungen und habe bereits erreichte Standards stark aufgeweicht.

72 Prozent der Deutschen glauben einer repräsentativen Umfrage von 2008 zufolge, dass es in der Bundesrepublik Deutschland Menschenrechtsverletzungen gibt. Doch mehr als 40 Prozent der Befragten können kein einziges der 30 Menschenrechte nennen. „Es ist die Aufgabe von uns allen, Menschenrechtsverletzungen in die Öffentlichkeit zu bringen, Opfern zu helfen und von Regierungen rechtskonformes Handeln zu fordern!“ sagte Lochbihler.

Mit dem Slogan „Ich schütze sie, sie schützen mich“ ruft Amnesty International alle Bürger dazu auf, sich den Wert der Menschenrechte für das gesellschaftliche Zusammenleben zu vergegenwärtigen und sich für diese einzusetzen. In Berlin können sie die Artikel der Menschenrechtserklärung täglich wechselnd im Rahmen der Amnesty-Installation nachlesen. Standort ist das Industriedenkmal und der Gasspeicher „Gasometer“ im Bezirk Schöneberg.

*PM Amnasty International Pressestelle Berlin* ■

## FDP: Umfaller in letzter Sekunde?

MÜNCHEN. Von der vollmundig verkündeten Forderung der FDP nach Abschaffung der Flüchtlingslager in Bayern ist im Koalitionsvertrag von FDP und CSU nichts mehr zu finden. Vor Beginn der Koalitionsverhandlungen in Bayern stellte die FDP die überraschend klare Forderung auf, die „Gemeinschaftsunterkünfte für abgelehnte Asylbewerber“ abzuschaffen. Im Verlauf der Koalitionsverhandlungen verlautete dann aus FDP-Delegationskreisen, dass ihr die Forderung wirklich wichtig ist und nicht nur Verhandlungsmasse, die der CSU geopfert werden soll.

Noch am vergangenen Freitag erfuhr der Bayerische Flüchtlingsrat aus dem Umfeld der Münchner FDP, dass der Entwurf des Koalitionsvertrags von Donnerstag Abend, der am Freitag abschließend behandelt wurde, den Passus enthielt, dass die kommende CSU/FDP-Regierung die derzeitige Unterbringung von Flüchtlingen in Bayern überprüfen werde. Nichts davon enthält der endgültige Koalitionsvertrag.

Zur Rechtfertigung hieß es auf dem Landesparteitag der FDP, man könne nicht alle noch so kleinen Vereinbarungen in einen Koalitionsvertrag aufnehmen, sonst würde der zu umfangreich. Wichtig sei, dass Strukturen geschaffen worden seien, um die Forderung nach Abschaffung der Flüchtlingslager umzusetzen. Und dies sei mit der Einführung eines Integrationsbeauftragten gelungen.

Der Bayerische Flüchtlingsrat sieht seine Befürchtungen bestätigt. „Offensichtlich ist die FDP in letzter Sekunde umgefallen. Am letzten Tag der Verhandlungen hat sie die Forderung nach Abschaffung der Flüchtlingslager der Koalitionsraison geopfert“, kommentiert Alexander Thal, Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrats, diese Entwicklung. Ob die Schaffung des Postens eines Integrationsbeauftragten, der mit Prof. Dr. Georg Barfuß besetzt werden soll, tatsächlich eine strukturelle Verbesserung ist, mit der die menschenunwürdige Lagerhaltung von Flüchtlingen beendet werden kann, oder nur Augenwischerei ist, muss die Zukunft zeigen. „Wir werden auf alle Fälle unseren Teil dazu beitragen, den Integrationsbeauftragten mit vielen guten Argumenten auszustatten, die einen Weiterbetrieb der Flüchtlingslager ad absurdum führen“.

*http://www.fluechtlingsrat-bayern.de* ■

## Vor 15 Jahren trat Asylbewerberleistungsgesetz in Kraft

BERLIN. Am 1. November 1993 trat das Asylbewerberleistungsgesetz in Kraft. Seit nunmehr 15 Jahren gibt es zweierlei Existenzminima in Deutschland. Asylsuchende und viele Menschen mit Duldung werden von Staats wegen in eine Situation gebracht, in der in Zeiten steigender Lebensmittelpreise kaum noch das bloße physische Existenzminimum gedeckt ist. Unverändert stehen den Empfängern von Asylbewerberleistungen 1,36 Euro pro Tag und Person für den persönlichen Bedarf zur Verfügung. Mit diesem ihnen einzig zur Verfügung stehenden Bargeldbetrag müssen sie die Kosten für den ÖPNV, Telefongespräche, Porti u.a. bestreiten.

Das Prinzip des Gesetzes war und ist erklärtermaßen, potentielle Asylsuchende von der Antragstellung in Deutschland abzuschrecken. Die hierzulande lebenden Asylsuchenden werden zum Instrument dieser staatlichen Doktrin und damit zum bloßen Objekt staatlichen Handelns – ein Anschlag auf die Menschenwürde. Das rassistische Sondergesetz muss weg.

Die nunmehr 15-jährige Praxis, die Leistungen nicht zu erhöhen, obwohl die Leistungsanpassung in § 3 Absatz 3 Asylbewerberleistungsgesetz ausdrücklich vorgesehen ist, ist eine Art staatlich organisierten Leistungsbetruges. Die Verbraucherpreise sind seit Inkrafttreten des Gesetzes um mehr als 23 Prozent gestiegen. Die Grundleistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes liegen um mehr als 35 Prozent unter dem Niveau der Sozialhilfe. Jeder weitere Anstieg der Verbraucherpreise vergrößert das Problem. Hinzu kommt, dass ein Großteil der Leistungsbezieher mit Sachleistungen abgespeist wird und in Lagern leben muss.

Inzwischen sind unter den Menschen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, großenteils Geduldete, ja sogar – nach einer letzten Verschärfung – Menschen, die ein Bleiberecht aus humanitären Gründen erhalten haben. →

Der Charakter des Gesetzes hat sich damit von einer Grundlage zur Leistungsgewährung an Asylsuchende in der ersten Zeit nach der Einreise zu einer Grundlage für die dauerhafte Entrechtung auch jahrelang hier Lebender gewandelt. Ihnen werden für vier Jahre – in der Praxis vieler Bundesländer auch darüber hinaus – die „integrativen Leistungen“ vorenthalten. De facto ist dies alles, was über das physische Überleben hinausgeht.

Auf der politischen Agenda steht in Kürze die Beratung über die dringend notwendige Erhöhung der Hartz IV-Sätze. Es wird sich zeigen, ob die Bundesregierung dabei wieder die Einsicht verweigert, dass die Anpassung der Beträge des Asylbewerberleistungsgesetzes aus denselben Gründen längst überfällig ist. Zuletzt hat sie im April in der Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Bundestag (BT-Drucksache 16/9018 und 16/7213) deutlich gemacht, dass sie eine Leistungserhöhung nicht für nötig hält. Die Bruttoausgaben für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz lagen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2007 nur noch bei insgesamt 1,03 Milliarden Euro, der niedrigste Stand seit Einführung der Asylbewerberleistungsstatistik. Angesichts der Beträge, die aktuell für die Unterstützung notleidender Banken aufgebracht werden, sind das wahrlich Peanuts. 150.000 Menschen sind aktuell Opfer der organisierten Mangelversorgung durch das Gesetz. *Presseerklärung Pro Asyl* ■

## Irakflüchtlinge noch nicht zur Rückkehr bewegen

BERLIN. Flüchtlinge aus dem Irak können nach Ansicht der Bundesregierung noch nicht zur Rückkehr in ihr Land ermutigt werden, obwohl sich die Sicherheitslage in weiten Teilen des Iraks verbessert habe. Dies erklärt die Regierung in einer Antwort (16/10765) auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion (16/10637) zur aktuellen Situation irakischer Flüchtlinge. Die Bundesregierung bezieht sich dabei auf Einschätzungen des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen, UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees). Die Organisation gibt an, dass sich die cirka 2,7 Millionen irakischen Binnenflüchtlinge in sehr unterschiedlichen Lebenssituationen befänden. Insgesamt sei es vor allem problematisch, Arbeitsplätze und erschwingliche Unterkünfte zu finden, sowie Zugang zu staatlichen Hilfsorganisationen zu erhalten und sich bei örtlichen Provinzverwaltungen registrieren zu lassen.

Die Umstände in der autonomen Region Kurdistan-Irak seien im Verhältnis zu anderen Provinzen besser, so die Regierung. In Syrien verfügten derzeit 1,2 Millionen irakischer Flüchtlinge, die unter der ansässigen Bevölkerung leben, über eine gültige Aufenthaltsgenehmigung. Die Anzahl irakischer Flüchtlinge in Jordanien werde auf 200.000 bis 500.000 Personen geschätzt. Sie hielten sich aufgrund abgelaufener Kurzzeitvisa zumeist illegal im Land auf.

Die Versorgungslage der Flüchtlinge werde zunehmend schwerer und auch die medizinische Versorgung sei unzureichend. Da viele Kinder von zurückkehrenden Flüchtlingen in einem deutschsprachigen Umfeld aufgewachsen seien, prüft die Regierung derzeit den Wunsch einiger Eltern zur Errichtung einer deutschen Schule in Arbil (Nordirak). Im April 2008 hatte die Regierung eine Initiative zur Aufnahme irakischer Flüchtlinge in der EU ergriffen. Es sei davon auszugehen, dass es diesbezüglich beim Rat der EU-Innen- und Justizminister am 27./28. November zu einer Entscheidung komme. Für eine Aufnahme in der EU kämen nach Angaben der Bundesregierung insbesondere Flüchtlinge in Betracht, denen eine Rückkehr in den Irak wegen Zugehörigkeit zu einer religiösen Minderheit nicht zugemutet werden könne.

*Quelle: jesuiten-fluechtlingsdienst.de* ■

## Frankfurt richtet Fonds für bedürftige Schulkinder ein – Illegalisierte eingeschlossen

FRANKFURT. Ein Bericht des Magistrats der Stadt Frankfurt befasst sich mit der Situation von hilfebedürftigen Schulkindern und den geplanten Maßnahmen (Einrichtung eines Fonds für Schulmaterialien etc). Interessant dabei ist, dass die Stadt Frankfurt diesen Fonds ausdrücklich auch für Kinder mit ungesichertem Aufenthalt und auch Kinder von Illegalisierten vorsieht und dafür die Mittel in nicht unerheblichem Maße ausweitet: von 888.000 auf 1.000.000 Euro pro Jahr. Hier Auszüge aus dem Bericht des Magistrats:

Innerhalb des Schuljahres 07/08 gab es insbesondere aus den Grundschulen gehäuft Meldungen über fehlende Ausrüstung der Kinder im Bereich der Schulmittel, so dass ein tatsächlicher Bedarf konstatiert werden kann, der im Folgenden noch quantifiziert wird. Zwar umfassen die Regelsätze des SGB II und SGB XII auch Kosten für Lernmittel für Kinder bis zum 14. Lebensjahr monatlich 10, 92 Euro bzw. für Kinder ab 14 Jahren 14,56 Euro pro Monat – aber vor dem Hintergrund der ständig steigenden Preise (Lebensmittel, Fahrkosten, Energie ) und der insgesamt knapp bemessenen Höhe der Regelleistungen stehen den Schulkindern diese Beträge zur Anschaffung von Schulmitteln häufig tatsächlich nicht zur Verfügung. Die Bezifferung der mit der Anregung verbundenen Kosten ist überschlägig möglich. In Frankfurt am Main lebten nach Zahlen der Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2007 rund 17.500 Kinder in der Altersgruppe 6 bis 15 Jahren von SGB II. Ergänzt um die 400 Schulkinder im Leistungsbezug von SGB XII bzw. AsylblG im Jahr 2007, ergibt sich pro Schuljahr folgende Berechnung: Bei einer möglichen jährlichen freiwilligen Leistung von 50 Euro für 17.761 hilfebedürftige Schulkinder entstehen Kosten in Höhe von 888.050 Euro. In Anbetracht einer noch genau zu beziffernden Zahl von Kindern mit ungesichertem Aufenthaltsstatus bzw. von Kindern aus illegalen Familien ist insgesamt von ca. 20.000 Kindern auszugehen und damit von jährlichen Kosten in Höhe von 1 Million Euro.

Eine entsprechende Zahlung wäre ein freiwilliger kommunaler Beitrag zur Armutsprävention und würde allen Kindern die notwendige Ausrüstung mit Schulmaterialien zu Teil werden lassen.

### Regelung für Kinder mit ungeklärten Aufenthaltsstatus

Eine gesonderte unbürokratische Regelung für Kinder aus Familien mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus ist notwendig. Nicht alle Kinder und Familien stehen im Leistungsbezug nach SGB II, SGB XII oder dem AsylblG sondern leben ohne Existenzgrundlage oder Alimentation in Frankfurt. Für diesen Personenkreis sollte in vertraulichen Beratungskontexten die Möglichkeit geschaffen werden, Zugang zu dieser freiwilligen Leistung zu erhalten. ...

*Quelle: Hessischer Flüchtlingsrat* ■

## Ein Gesetz in der Praxis: Verschärfung beim Ehegattennachzug

Im August 2007 – parallel zum Integrationsgipfel – trat die Novellierung des Zuwanderungsgesetzes in Kraft. Der Ehegattennachzug wurde damit weiter erschwert. Ein Hindernis ist der Nachweis von Deutschkenntnissen vor der Einreise – allerdings mit Ausnahmen. Ein Beispiel: Der Nachweis entfällt, wenn der/die Betroffene einen Hochschulabschluss besitzt. Analphabeten haben in der Praxis kaum eine Chance auf ein gemeinsames Leben. „Darf ein Staat die Partnerwahl von Bildungsbiografien abhängig machen?“, fragt der Verband binationaler Ehen und Partnerschaften (iaf). Seit Inkrafttreten der Regelung haben sich zahlreiche Ratsuchende an den Verband binationaler Ehen gewandt. Aus den konkreten Erfahrungen der Menschen sind einige ausgewählte jetzt in einer Broschüre erschienen. Sie zeigen anschaulich, wie ein Gesetz sich auf das private Leben der Menschen auswirkt.

**Die Broschüre „Haben Sie noch eine Idee? – Erfahrungen mit der Verschärfung beim Ehegattennachzug“ kann bestellt werden beim Verband binationaler Ehen und Partnerschaften, info@verband-binationaler.de**

# Pro Asyl zum Gendiagnostikgesetz

**In § 17 Abs. 8 des geplanten Gendiagnostikgesetzes soll unter anderem geregelt werden, unter welchen Bedingungen eine genetische Untersuchung im Zusammenhang mit dem Visumverfahren zum Familiennachzug zulässig sein soll. Als eine auf Fragen des Asyl- und Aufenthaltsrechts spezialisierte Organisation möchten wir zu dieser besonderen Frage Stellung nehmen.**

### I. DNA-Tests beim Familiennachzug: Praxis und Recht

Nach den Erfahrungen von PRO ASYL hat sich in ausländerrechtlichen Verfahren zur Familienzusammenführung die allgemeine Praxis entwickelt, dass Auslandsvertretungen oder Ausländerbehörden einen DNA-Test zum Nachweis eines Verwandtschaftsverhältnisses verlangen. Der Druck auf die Betroffenen, einen DNA-Test durchführen zu lassen, ist erheblich. Sehr häufig werden die Betroffenen mit der Verdächtigung überzogen, über die Anerkennung einer Vaterschaft wolle sich der Betreffende einen Aufenthaltstitel erschleichen. Viele Behörden drohen mit Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft, wenn sich die Betroffenen weigern, einen Test durchführen zu lasen. Mit der Unschuldsvermutung hat dies nur noch wenig zu tun.

Insgesamt ist festzustellen, dass sich die Betroffenen dem Druck der Behörden nur selten entziehen können. Wenn zusätzlich mit der Anzeige bei der Staatsanwaltschaft gedroht wird, ist die Entscheidung keinesfalls freiwillig. Hinzu kommt, dass die Betroffenen oftmals nur unter der Bedingung des DNA-Tests überhaupt den Familiennachzug in Aussicht gestellt bekommen. Von deutschen Auslandsvertretungen wird dies oft mündlich klar kommuniziert. Nach Berichterstattung der Presse existiert sogar eine Dienstanweisung des Auswärtigen Amtes, wonach beim Familiennachzug aus Afghanistan grundsätzlich ein DNA-Gutachten eingeholt werden sollte (tageszeitung v. 6.11.2007). Es besteht also dringender Handlungsbedarf, gesetzgeberische Instrumente zu finden, die eine tatsächliche Freiwilligkeit der Entscheidung garantieren.

#### Geltende Rechtslage

Entgegen dem Eindruck, der von den Behörden oftmals erweckt wird, darf die Ausländerbehörde oder Auslandsvertretung den DNA-Test nicht zwangsweise durchsetzen oder auch nur verpflichtend von den Betroffenen verlangen. DNA-Tests sind freiwillig, wie auch die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine kleine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion bestätigt (BT Drs. 16/7120). Im Rahmen des Amtsermittlungsgrundsatzes muss die Behörde alle zugänglichen Erkenntnismittel, wie Geburtsurkunden, Familienfotos, Zeugenaussagen etc., würdigen und auf dieser Grundlage eine Entscheidung treffen. Der Ausländer hat gem. § 82 AufenthG insofern mitzuwirken, als er Nachweise, Bescheinigungen etc., die er erbringen kann, selbst beizubringen hat. Kann ein Familienverhältnis durch Urkunden oder Zeugenaussagen etc. nicht bewiesen werden, darf ein DNA-Test dennoch nicht verlangt werden. Hierfür fehlt es an der gesetzlichen Grundlage. § 82 AufenthG stellt eine solche nicht dar, da er zwar andere Zwangsmaßnahmen nennt, nicht jedoch die genetische Untersuchung.

www.arbeiterfotografie.com

Die nun geplante Regelung durch das GenDG ändert nichts an dieser rechtlichen Grundkonstellation: Durch § 8 GenDG-E wird klargestellt, dass für eine genetische Untersuchung eine schriftliche Einwilligung erforderlich ist. Auch wenn der Grundsatz der Freiwilligkeit beibehalten werden soll, ist die geplante Regelung dennoch mangelhaft, da sie keine Antwort auf die bestehenden Probleme der Praxis bietet. Die theoretisch proklamierte Freiwilligkeit besteht in der Praxis nämlich in zahlreichen Fällen de facto nicht. Der Gesetzgeber ist dringend gefordert, dem Zwang zur Einwilligung zu DNA-Tests im Ausländerrecht wirksame Instrumente entgegenzusetzen.

### II. Geplante Regelungen im Gendiagnostikgesetz: Genetische Untersuchung zur Klärung der Abstammung, § 17 GenDG-E

In § 17 GenDG-E wird geregelt, unter welchen Bedingungen genetische Untersuchungen zur Klärung der Abstammung durchgeführt werden dürfen. Es wird unter anderem normiert, dass eine solche Untersuchung nur mit Einwilligung des Betroffenen erfolgen darf, wie umfassend die Aufklärung der Betroffenen sein muss und durch wen die Untersuchung erfolgen darf sowie wann die Proben und die Ergebnisse vernichtet werden müssen.

Für Migranten, die aus dem Ausland zu ihren Familien nach Deutschland nachziehen wollen und hierfür ein Visum beantragen, sind zahlreiche Ausnahmen zu den Bestimmungen des GenDG vorgesehen. Begründet werden die Ausnahmen damit, dass die Vorschriften zur Abstammungsuntersuchung in der spezifischen Situation in der Auslandsvertretung vor Ort zum Teil nicht handhabbar seien. Woran dies im Einzelfall liegen könnte, wird nicht ausgeführt. Deswegen kann diese Begründung, insbesondere wenn man näher betrachtet, welche Rechte ausgeschlossen werden sollen, nicht überzeugen. Es ist nicht einzusehen, dass für Migranten, die ein Visum zur Familienzusammenführung beantragen und von denen ein DNA-Test zum Nachweis des Verwandtschaftsverhältnisses verlangt wird, geringere Schutzrechte gelten sollen. Es folgen Ausführungen zu den einzelnen Ausschluss-Regelungen.

### III. Forderungen

Das GenDG sollte dafür sorgen, dass die Freiwilligkeit bei genetischen Untersuchungen im Asylverfahrens- und Aufenthaltsgesetz erhöht wird. Deswegen fordert PRO ASYL,

- in § 8 GenDG-E einen Absatz 3 einzufügen, der lautet: „Bei der Anwendung des Aufenthaltsgesetzes darf die Einwilligung in eine genetische Untersuchung nicht mit Hinweis auf § 82 Aufenthaltsgesetz (Mitwirkungspflichten) verlangt werden. Bei der Anwendung des Asylverfahrensgesetzes darf die Einwilligung in eine genetische Untersuchung nicht mit Hinweis auf § 15 Asylverfahrensgesetz (Allgemeine Mitwirkungspflichten) verlangt werden."
- § 17 Abs. 8 GenDG-E insgesamt zu streichen. Es ist nicht einzusehen, warum Migranten im Visumverfahren geringere Garantien bei der Aufklärung über genetische Untersuchungen und dem Umgang mit den gewonnen Daten gewährt werden sollten.

Schließlich geht es hier um besonders sensible Daten, bei denen die Folgen der Preisgabe für die wenigsten überschaubar sind. Wichtig ist deswegen, dass die rechtliche Ausgestaltung dieses Schutzes diskriminierungsfrei ist und nicht Menschen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, schlechter stellt. Die in § 17 Abs. 8 GenDG-E vorgesehenen Ausnahmen von den sonstigen Schutzvorschriften sind deswegen insgesamt zu streichen.

*Marei Pelzer, Rechtspolitische Referentin zum Referentenentwurf eines Gesetzes über genetische Untersuchung bei Menschen (Gendiagnostikgesetz) PRO ASYL 22.10.2008* ■

# Kein Frieden mit der Nato: Erfolgreicher Kongress der Informationsstelle

**Am 8./9. November fand in Tübingen zum elften Mal der alljährliche Kongress der Informationsstelle Militarisierung (IMI) statt. Der diesjährige IMI-Kongress und die Teilnehmer/innenzahl von insgesamt über 150 Menschen waren sehr erfreulich. Auf dem IMI-Kongress fand eine intensive Beschäftigung statt mit dem Thema „Kein Frieden mit der NATO!"**

IMI-Vorstandsmitglied Tobias Pflüger formulierte zu Anfang das Ziel des Kongresses folgendermaßen: „Die NATO ist ein Kriegsführungsbündnis. Die NATO steht für Krieg. Deutlich wird dies insbesondere in Afghanistan. Der NATO-Gipfel in Frankreich und Deutschland im April, auf dem das Bündnis sein 60-jähriges Jubiläum zelebrieren will, ist das zentrale politische Ereignis des Jahres 2009. Für die Regierenden und für die Antikriegs- und Friedensbewegung. Mit diesem IMI-Kongress wollen wir zur Mobilisierung für die Gegenproteste beitragen: Einmal, indem wir die Kritik an der NATO inhaltlich unterfüttern und fundieren. Anderseits, indem wir versuchen, Ideen und Ansätze für die Mobilisierung zu präsentieren." Inhaltlich wurden anhand der Vorträge des Kongresses vor allem drei Aspekte deutlich:

Erstens entwickelt sich die NATO inzwischen auf allen Ebenen, sowohl was ihre Strategie, Struktur als auch Einsatzpraxis anbelangt, immer konsequenter zur globalen Kriegs- und Besatzungsinstitution. Die zentrale Aufgabe der NATO besteht in der militärischen Absicherung und Ausweitung der westlich dominierten kapitalistischen Weltordnung, wie die Vorträge zu den NATO-Besatzungen in Afghanistan (Jürgen Wagner), auf dem Balkan (Christoph Marischka) und über die NATO als Seemacht (Claudia Haydt) herausarbeiteten.

Die Vorträge zum Krieg in Georgien (Martin Hantke) und zur NATO-Atompolitik / zum NATO-Raketensystem (Arno Neuber) wie auch die im Plenum sich jeweils anschließenden Diskussionen verdeutlichten, dass diese Konflikte auch im Kontext eines Neuen Kalten Krieges zwischen USA und Europäischer Union auf der einen sowie insbesondere Russland aber auch China auf der anderen Seite zu verstehen sind. Mittlerweile treten die Konturen dieser erneuten Blockkonfrontation immer deutlicher zu Tage (Gas-OPEC, Shanghai Cooperation Organization, Energie- NATO…), weshalb die in jüngster Zeit enorm intensivierte Zusammenarbeit zwischen NATO und Europäischer Union die logische Konsequenz dieser Entwicklung darstellt: „Mittlerweile passt zwischen NATO und EU fast kein Blatt mehr", so Pflüger in seinem Beitrag.

Schließlich wurde deutlich, dass der neue US-Präsident Barack Obama im außen- und friedenspolitischen Bereich nicht viel Anlass zu Optimismus gibt. Hierfür genügt ein Blick auf seinen Beraterstab, der ein Sammelsurium aus NATO-Kriegern (Wesley Clark), russlandfeindlichen Strategen (Zbigniew Brezinski) und „humanitären" Interventionisten (Samantha Power) ist. Unter Obamas Ägide droht eine Revitalisierung der NATO. Denn aufgrund ihrer ökonomischen Probleme sind die USA dringend auf eine größere militärische Beteiligung der europäischen Staaten in den Kriegen, insbesondere in Afghanistan angewiesen. Die Kosten für die militärische Absicherung der kapitalistischen Weltordnung sollen besser verteilt werden. Aufgrund seiner Beliebtheit in Europa könnte Barack Obama der ideale Mann sein, um diese „Aussöhnung" in die Wege zu leiten.

In den Beiträgen und Diskussionen zur Mobilisierung für den NATO-Gipfel 2009 wurde aufgezeigt, dass in vielen Städten in Deutschland NATO-Einrichtungen vorhanden sind. Als Beispiele wurden genannt: das US-EUCOM in Stuttgart- Vaihingen, das auch innerhalb der NATO eine wesentliche Rolle spielt, die NATO-AWACS- Militärbasis in Geilenkirchen, der von der EU, der NATO und den USA für ihre Militäreinsätze umfangreich genutzte „zivile" Flughafen Halle/Leipzig, das im südbadischen Müllheim beheimatete Eurokorps, das insbesondere von der NATO als NATO Response Force genutzt wird, die NATO-Schule Oberammergau und das George-Marshall-Center in Garmisch, die als Schulungs- und Denkzentren wichtige Bedeutung für die NATO-Politik haben. Zudem verläuft die neu ausgebaute NATO-Pipeline bundesweit durch viele Landkreise, symbolträchtig auch von Tübingen nach Kehl. Solche Ansatzpunkte, so die einhellige Meinung, eignen sich hervorragend für die Mobilisierung und sollten hierfür auch genutzt werden.

Darüber hinaus wurde festgestellt, dass die Etablierung regionaler, deutschlandweiter und internationaler Mobilisierungsstrukturen zwar bereits erfreulich weit fortgeschritten ist, große Proteste aber vor allem dann gelingen werden, wenn sich auf lokaler Ebene Bündnisse bilden, die an ein möglichst breites politisches Spektrum herantreten. Veranstaltungen zum NATO-Krieg in Afghanistan sind dazu wichtig. Die NATO und damit die Kriegsfrage haben eine Relevanz für alle Bürger/innen und für sämtliche sozialen Bewegungen. Hierfür wurde am Rande des Kongresses beschlossen, ein Papier auszuarbeiten, das die Verbindung der NATO zu Themen wie Sozialabbau, Klimawandel, Migration, Abbau von Bürgerrechten u.a. verdeutlicht. Dieser umfassende Mobilisierungsansatz bietet die Chance mit großen spektrenübergreifenden Protesten ein starkes Signal zur Delegitimierung der NATO beizutragen, so die einhellige Meinung in der abschließenden motivierenden Diskussionsrunde.

*PM IMI*
*www.imi-online.de* ■

Mit der „Machtergreifung" der Nationalsozialisten 1933 sind nicht nur Wege ins Exil verbunden, sondern viele gingen auch einen beschwerlichen und immer lebensgefährlichen Weg in den Widerstand. Solche widerständigen Wege – sei es die persönliche Entwicklung eines einzelnen Menschen oder einer Gruppe oder der geografische Weg von Flugblättern und Tarnschriften, Informationen und Menschen – sind Thema des neuen Heftes der „informationen" des Studienkreises Deutscher Widerstand. Die Beiträge führen auf eine Wanderschaft durch weite Teile Europas, auf oft unbekannten oder noch wenig erforschten Wegen.

**Informationen Nr. 68, zu beziehen über: Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945 e.V., Rossertstr. 9, 60323 Frankfurt/Main, Einzelheft 5,50 Euro + Versandkosten, im Abonnement (2 Ausgaben) 11 Euro, email: kontakt@studienkreis-widerstand-1933-1945.de, www.studienkreis-widerstand-1933-1945.de**

## „Sie brauchen nicht mehr zu kommen!“

Aus Anlass und in Ergänzung der Ausstellung „Verstummte Stimmen“, die zur Zeit in der Staatsoper Stuttgart und im Haus der Geschichte Baden-Württemberg zu sehen und zu hören ist, erschien eine informationsreiche, gut bebilderte Broschüre: Ingrid Bauz, Sigrid Brüggemann, Roland Maier: „‚Sie brauchen nicht mehr zu kommen!‘ Die Verdrängung der Künstlerinnen und Künstler jüdischen Glaubens und jüdischer Abstammung aus dem Stuttgarter Theater- und Musikleben durch die Nationalsozialisten“. 76 Seiten, mit vielen Fotos, Format A 4.

In mehreren Einzelbeiträgen beleuchtet die Neuerscheinung verschiedene Aspekte der Verdrängung der „Juden“ von den Stuttgarter Bühnen. Grundlage der Studien bilden eingehende archivarische Recherchen der vier AutorInnen, die teils aus musikwissenschaftlicher, teils aus stadthistorischer oder geschichtspolitischer Sicht seit Jahren mit dem Thema der nationalsozialistischen Verfolgung jüdischer Menschen befasst sind.

Drei der AutorInnen führen seit Jahren „antifaschistische Stadterkundungen“ im Rahmen des Stadtjugendrings Stuttgart durch, organisieren aber auch jährliche Fahrten für Jugendliche und Erwachsene zu den Befreiungsfeiern im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen. Dort wurde für das Jahr 2007 der Themenschwerpunkt „KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen im KZ Mauthausen“ gewählt und es lag nahe, auch die hiesige damalige Situation genauer zu untersuchen. Überrascht waren die AutorInnen sowohl vom Ausmaß als auch von der Nachdrücklichkeit mit der die Ausschaltung der jüdischen Kunstschaffenden durch die Nationalsozialisten bereits unmittelbar nach der Machtübernahme betrieben wurde.

Einen inhaltlichen Schwerpunkt der Broschüre bilden die damaligen Vorgänge an den Württembergischen Staatstheatern: die antisemitische „Begleitmusik“ im Vorfeld der nationalsozialistischen Machtübernahme sowie die dann folgende Ausschaltung der „nichtarischen“ Mitglieder des Schauspiels und der Oper. Erweitert wird die Publikation durch Beiträge über das Stuttgarter Schauspielhaus, das Musikkonservatorium um Karl Adler, den Rundfunk und das Friedrichsbau-Varieté. All diese Einrichtungen hatten die Stuttgarter Kulturlandschaft mit geprägt. Auch hier erfolgte die Entfernung der „jüdischen“ Akteure durch die Nationalsozialisten umgehend.

Ein Beitrag befasst sich mit der bisher wenig beachteten „Stuttgarter Jüdischen Kunstgemeinschaft“, die sich als Antwort der jüdischen Künstlerinnen und Künstler auf ihre Ausschaltung aus dem „arischen“ Kulturbetrieb verstand und bis zu ihrem Verbot 1938 eine wichtige Rolle in der bedrängten Jüdischen Gemeinde spielte.

Ein ausführlicher Biographienteil erschließt persönliche Schicksale von Kunstschaffenden, die als „jüdisch“ oder „jüdisch versippt“ galten. Gerade die hochkarätigen und beim Stuttgarter Publikum besonders beliebten Akteure aus Oper und Schauspiel wie Hermann Weil, Fritz Wisten und Max Marx waren die ersten, die aufgrund ihrer jüdischen Herkunft von den Bühnen verbannt wurden. Ebenso prominente Opfer waren der Direktor des Stuttgarter Schauspielhauses (heute: Altes Schauspielhaus) Claudius Kraushaar, dem kurzerhand die Spielkonzession entzogen wurde, und Karl Adler, der Direktor des Musikkonservatoriums, der auf Betreiben des nationalsozialistischen Kultministers Mergenthaler entlassen werden musste. Dargestellt werden aber auch die Schicksale von weniger bekannten Künstlerinnen und Künstlern.

Für fast alle bedeutete die gewaltsame Verdrängung aus dem „arischen Kulturbetrieb“ das Ende ihrer künstlerischen Karriere. Ihnen allen soll mit dieser Broschüre ein wenig Gerechtigkeit widerfahren und sie dem Vergessen entrissen werden. Die beiden letzten Beiträge widmen sich der Remigration und der Vergangenheitspolitik nach 1945. Es wird gezeigt, in welch geringem Umfang emigrierte Kulturschaffende nach Stuttgart zurückkehrten. Und es wird gefragt, ob es eine Bereitschaft seitens der Staatstheater gab, sich mit ihrer Rolle im Nationalsozialismus auseinander zu setzen und ob es Gesten gab, die auf einen Willen zur „Wiedergutmachung“ schließen lassen.

Die in der Neuerscheinung versammelten historischen Lokalstudien verstehen sich auch als aktueller politischer Beitrag gegen gesellschaftliche Ausgrenzung und die Verharmlosung des Faschismus in seinen Anfängen. Die geächteten Künstlerinnen und Künstler stehen exemplarisch für massenhaft erlittenes Unrecht. Die Broschüre ist daher gewidmet allen, die vom NS-Regime verfolgt wurden.

**Die Broschüre ist zum Preis von acht Euro u.a. in der Stuttgarter Staatsoper und im Haus der Geschichte Baden-Württemberg erhältlich. Zu beziehen (zuzüglich Versandkosten) ist die Publikation auch über: Mauthausen Komitee Stuttgart e.V., Römerkastell 73 A, 70376 Stuttgart Kontoverbindung: Stuttgarter Volksbank BLZ 600 901 00, Kontonr. 27 65 24 004**

**Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:**
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

**Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten:** Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

**Spendenkampagne für die Antifaschistischen Nachrichten 2000 Euro bis Jahresende!**

**1510,- Euro sind bisher eingetroffen, wir hoffen auf Eure Unterstützung.**

**Spendenkonto: GNN-Verlag, Postbank Köln, BLZ 370 100 50 KtoNr. 10419507**

## Das Blatt und der 9. November

Junge Freiheit Nr. 46/08 vom 7.11.2008

Der 9. November – Tag der Novemberrevolution, des Hitler-Putsches in München, des Nazi-Pogroms gegen die Juden in Deutschland und Tag des Mauerfalls bewegt das Blatt dazu zu behaupten, das Ende des ersten Weltkrieges sei „der Beginn eines neuen Dreißigjährigen Krieges, der ein europäischer Bürgerkrieg war, welcher sich zum Weltbürgerkrieg auswuchs“. Die imperialistischen Interessen des deutschen Kapitals waren verantwortlich für den zweiten Weltkrieg – Bürgerkrieg war das Hinschlachten von Millionen Zivilisten und Soldaten in diesem Krieg nicht. Die Niederlage des Faschismus beschreibt das Blatt: „Deutschland zahlte danach mit einer totalen Niederlage, mit ungeheuren menschlichen, materiellen, territorialen Verlusten … Deutschland hatte also auf nationale Machtambitionen verzichtet und sie den europäischen untergeordnet. Seine politische Form hatte es in einer Demokratie westlichen Zuschnitts gefunden.“ Daraus schlussfolgert das Blatt: „Antisemitismus ist hier in keiner Weise gesellschaftsfähig. Wo er sich dennoch äußert, liegen Ursachen wie auch Manifestation in der verfehlten Zuwanderung … Doch unsere Funktionseliten verstopfen sich die Ohren und legen beim 9. November den Akzent statt auf die Gnade auf die Schuld. Der Antisemitismus-Antrag, der im Deutschen Bundestag verabschiedet wurde und der bereits im Vorfeld zwischen den Fraktionen für heftigen Streit gesorgt hatte, ist doppelt überflüssig, weil er dessen aktuelle Hauptursache ignoriert. Die babylonische Gefangenschaft (gemeint ist die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg, d. Red.), die äußerlich beendet wurde, wird von innen her fortgesetzt … Der internationale Bürgerkrieg, dessen Ende nun offiziell auf den 9. November 1989 datiert wird, geht auf andere Art weiter.“ Die Frage, die sich das Blatt gefallen lassen muss, ist, ob dieser von ihm propagierte Krieg Israel treffen soll. *uld* ■

## Jetzt soll wieder fürs Vaterland gestorben werden

Junge Freiheit Nr. 47/08 vom 14.11.2008

Das Blatt widmet dem Volkstrauertag den Leitartikel und fordert, auch der toten Bundeswehr-Soldaten, die in Afghanistan getötet wurden, an diesem Tage zu gedenken. Auf der einen Seite hält das Blatt die Beteiligung am Afghanistan-Krieg für falsch, auf der anderen Seite erblickt es die Gelegenheit, endlich wieder Helden geben kann: „Aber es ist ein bundesrepublikanischer Mythos, dass demokratisches Opfergedenken vom Begriff des Helden oder eben des Opfers für die Gemeinschaft absehen muss … Am Volkstrauertag wird in der Bundesrepublik der ‚Toten zweier Weltkriege‘ und der Opfer von Gewaltherrschaft gedacht. Diese Widmung ist der ‚Vergangenheitsbewältigung‘ und der trügerischen Hoffnung geschuldet, dass Deutschland nie wieder Krieg führen muss. Das hat sich geändert. Und auch der Volkstrauertag wird sich verändern müssen, wenn es in Deutschland keine Unterscheidung in ‚gute‘ und ‚schlechte‘ Gefallene geben soll.“ Das Morden soll also wieder zur guten Normalität werden. *uld* ■

## „Afrika erobert das Weiße Haus“

Wie http://npd-blog.info berichtet, hat NPD-Funktionär Jürgen Gansel, unter anderem MdL in Sachsen den Wahlsieg des demokratischen US-Präsidentschaftskandidaten Obama mit einer rassistischen Erklärung kommentiert: Gansel schrieb in gewohnt martialischer Sprache: „Mit der Wahl von Barack Obama zum 44. Präsidenten der USA hat sich das wahre Wesen des amerikanischen Molochs im 21. Jahrhundert enthüllt. Das weiße, von europäischen Auswanderern getragene Amerika befindet sich durch Einwanderung und Rassenmischung in Auflösung und hat mit dem Afrika-Sprößling seinen symbolischen Totengräber ins Präsidentenamt gewählt.“ Gansel spricht mal wieder Klartext, was sein rassistisches Weltbild angeht. In einer Handreichung für NPD-Kandidaten schreibt er noch: „Wir lehnen den multikulturellen Gesellschaftsentwurf ab, weil er den Untergang unseres Volkes im eigenen Land besiegelt. Man muß immer daran denken: Die Indianer haben sich nicht oder nur erfolglos gegen die fremden Landräuber gewehrt, und heute leben sie in Reservaten.“

Erst waren es also Landräuber, die andere Völker vernichten, nun spricht er vom „weißen, von europäischen Auswanderern getragenen Amerika“, welches plötzlich Opfer des „Afrika-Sprößlings“ wird. Wie es eben gerade passt.

Gansel versucht diesen Widerspruch aber zu relativieren: „Schon das weiße Amerika war eine kulturelle (!) Zumutung für die Welt und zwang freien Völkern mit Waffengewalt ihr multirassisches und damit rassenvernichtendes Gesellschaftsmodell auf; ein nicht-weißes Amerika ist jedoch eine Kriegserklärung an alle Menschen, die eine organisch gewachsene Gemeinschaftsordnung aus Sprache und Kultur, Geschichte und Abstammung (!) für die Essenz des Menschlichen halten. Barack Obama verbirgt diese Kriegserklärung nur hinter seinem penetranten Sonnenschein-Lächeln.“

Wie die Freie Presse vom 7. November 2008 berichtet, prüft die Staatsanwaltschaft, ob diese Pressemitteilung des NPD-Landtagsabgeordneten Jürgen Gansels zu der Wahl von Barack Obama den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllt. Gegen Gansel sind bei der Dresdner Staatsanwaltschaft bereits zwei Anklagen wegen Verunglimpfung des Staates anhängig.

Von der Website der NPD ist die Pressemitteilung inzwischen verschwunden.

*Quelle: npd-blog.info, Freitag, 7. November 2008* ■

**BESTELLUNG:** Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507